

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Internationale Politik und das Politische. Ontologische
Grundlagen eines postfundamentalistischen Begriffs
internationaler Politik

verfasst von | submitted by
Carmelo Rodriguez B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Oliver Marchart

Abstract

Internationale Politik spielt sich nicht auf einer abstrakten Ebene ab, sondern beeinflusst unser Leben unmittelbar. Doch was wird darunter verstanden? Die vorliegende Arbeit nähert sich dem Begriff internationaler Politik aus der Perspektive einer postfundamentalistischen Ontologie unter Berufung auf Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Oliver Marchart. Die aus ihrer Lektüre abgeleiteten Erkenntnisse über Politik, das Politische und das Internationale führen zu einem *umfassenden* Verständnis internationaler Politik, stellen einen Ausgangspunkt für die Analyse (politischer) Identitäten dar und verorten einen postfundamentalistischen Ansatz in einem größeren diskursiven Kontext.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
1.1 Eine Frage der Ontologie.....	5
1.2 Rückblick und aktueller Kontext (I)nternationaler Politik.....	7
1.3 Vorgehensweise und Gliederung.....	12
2 Politische Ontologie des Postfundamentalismus.....	15
2.1 Artikulation und Diskurs.....	18
2.2 Antagonismus und die Unmöglichkeit der Objektivierung.....	25
2.3 Die Möglichkeit der Stabilisierung – Leere Signifikanten und Hegemonie.....	28
3 Eine postfundamentalistische Theorie internationaler Politik.....	32
3.1 Der Begriff der <i>Politik</i> unter der Bedingung des Politischen.....	32
3.1.1 Von einer <i>politischen Ontologie</i> zu einer <i>Ontologie des Politischen</i>	33
3.1.2 Politik und internationale <i>Politik</i>	38
3.2 Das <i>Internationale</i> im Kontext radikaler Kontingenz.....	41
3.2.1 Unmöglichkeit und Notwendigkeit von Identität.....	43
3.2.2 Stabilisierung von Identität.....	46
3.3 <i>Internationale Politik</i> im diskursiven Kontext.....	51
3.3.1 Artikulation aus internationaler Perspektive.....	51
3.3.2 Zu einem umfassenden Verständnis internationaler Politik.....	54
4 Konklusion: Was ist (I)nternationale Politik?.....	60
5 Bibliografie.....	69

1 Einleitung

Auf das mit dem Zerfall der Sowjetunion von Fukuyama proklamierte „Ende der Geschichte“ folgte nach 9/11 eine Phase des US-dominierten „War on Terror“, bevor mit dem Ende der 2010er Jahre eine vermeintliche Weltordnung durch eine wirtschaftlich wie militärisch aufstrebende Volksrepublik China herausgefordert wird. Rund um die Einflusszone der Russischen Föderation, die um Anerkennung als Großmacht kämpft, kommt es im Kaukasus sowie in Osteuropa zu militärischen Auseinandersetzungen und schließlich zu einem Angriff auf die Ukraine. Im Nahen Osten kommt es seit Ende 2023 zu einer Eskalation, deren Ausmaße noch nicht absehbar sind. Die europäische Union hat seit Mitte der 2010er Jahre Migration verstärkt auf der Agenda und versucht durch Abkommen mit Herkunftsländern, Interessen durchzusetzen.

Diesen willkürlich aufgezählten Ereignissen oder Prozessen, die im Zeitraum der letzten Dekaden manchmal mehr, manchmal weniger direkte Effekte auf unser Leben haben, ist zumindest eines gemeinsam: Sie werden in der Regel allesamt dem Bereich der *internationalen Politik* zugeordnet. Doch was *ist* internationale Politik? Diese Frage lässt sich wohl nicht ohne weiteres beantworten. Es kann aber auf eine vorerst etwas abstrakt wirkende Weise gesagt werden, dass *internationale Politik* in unterschiedlichen Diskursen mit unterschiedlicher Bedeutung aufgeladen ist. Was damit gemeint ist und was hier unter *Diskurs* verstanden wird, gilt es neben anderem im Laufe dieser Arbeit herauszuarbeiten. Vorerst reicht es, darauf hinzuweisen, dass sich in der Politikwissenschaft ein eigenes Feld der *Internationalen Politik* bzw. der *Internationalen Beziehungen*¹ herausgebildet hat, in dem eine Vielzahl unterschiedlicher Zugänge und Theorien vertreten werden (als Überblick siehe Einführungs- oder Überblickswerke wie das theoriezentrierte Werk von Schieder und Spindler (2010), den personenorientierten Theorieüberblick von Neumann und Waeber (2005) oder gemischte Varianten wie von Masala, Sauer und Wilhelm (2010)).

1 In der Fachliteratur gibt es die Schreibweise, die Disziplin der Internationalen Beziehungen/Politik als Eigennamen mit einer Majuskel zu beginnen, während der von ihr behandelte Gegenstand der internationalen Beziehungen/Politik mit einer Minuskel geschrieben wird. Die Schreibweise (I)nternationale Beziehungen/Politik mit Klammern wird darüber hinaus im Folgenden verwendet, wenn sowohl Disziplin als auch Gegenstand gemeint sind (vgl. a. Schieder/Spindler 2010, 9).

Wenngleich die Bezeichnungen *Internationale Politik* und *Internationale Beziehungen* meist synonym verwendet werden, scheint es in Anbetracht des Stellenwerts des Begriffs der Politik in der vorliegenden Arbeit angebracht, durch die Verwendung der Bezeichnung der (I)nternationalen *Politik* den Bezug zum Politischen und zur Politik hervorzuheben. Diesen politischen Aspekt betont im Übrigen auch der Politikwissenschaftler R.B.J. Walker, der die Begriffe im Kontext der Entpolitisierung von zwischenstaatlichem Handeln durch die Bezeichnung als „Beziehungen“ mit der Betrachtung als „mere space of relations between states“ sieht (Walker 1993, 20). Dem gegenüber stünde eine gleichzeitige Reservierung des Begriffes der Politik für die innerstaatliche Sphäre mit der Privilegierung des souveränen Staats als „locus of authentic politics“ (ebd.).

Doch bei aller theoretischer Vielfalt innerhalb der akademischen Disziplin: Wissenschaft geschieht hier nicht im Elfenbeinturm. Vielmehr herrscht zwischen Vertreter*innen von Politik und Wissenschaft ein Austausch, der bspw. in zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie sogenannten Think Tanks ein gewisses Maß an Institutionalisierung erfahren hat. So vielfältig die Akteur*innen sind, so vielfältig sind auch die unterschiedlichen Zugänge zum ‚politischen Feld‘ und zur ‚wissenschaftlichen Disziplin‘ der (I)nternationalen Politik. Die jeweilige Vorstellung dessen, was unter *internationaler Politik* verstanden wird, ist dabei eng mit der jeweiligen Ontologie verbunden. Der ontologische Zugang als fundamentale Vorstellung von der Welt bedingt die Möglichkeiten und Formen der Erkenntnis. Ob explizit thematisiert oder unerwähnt – die Ontologie steckt jedenfalls die Grenzen oder den Denkraum ab, innerhalb dessen sich eine Theorie oder ein Handeln bewegt bzw. bewegen kann (vgl. a. Caraus 2016a, 103–108; vgl. Marchart 2018b, 8).

Insofern Ontologie also die Basis einer jeden Theoriebildung ist, lassen sich unterschiedliche Theorien auch auf unterschiedliche Ontologien zurückführen – beziehungsweise umgekehrt: unterschiedliche Sichtweisen über die Welt und über das Sein führen zu unterschiedlichen Betrachtungsweisen. Damit einher geht, wie später gezeigt wird, dass auch über den Gegenstand der internationalen Politik selbst, also über die oben gestellte Frage nach dem Wesen internationaler Politik, keine Einigkeit herrscht. Das jeweilige Verständnis von internationaler Politik bedingt, welche Fragen in Bezug auf diese gestellt werden (können) und auf welche Weise diese sinnvoll zu beantworten sind.

1.1 Eine Frage der Ontologie

Damit soll allerdings nicht die Frage nach der Ontologie oder ein Diskurs der Ontologie selbst ontologisiert oder als privilegierte, vordiskursive Position verklärt werden. Es geht vielmehr darum, über den ‚Umweg‘ über die Ontologie ontische Diskurse und ihre Wirkung in und auf *Gesellschaft*, *Politik* und *Wissenschaft* als Diskurse zu betrachten. Die oben gestellte Frage ‚Was *ist* internationale Politik?‘ muss in diesem Sinne vorerst umformuliert werden in: ‚Was wird jeweils aus einer bestimmten (ontologischen – und darauf aufbauend: theoretischen) Perspektive unter internationaler Politik verstanden?‘ Die Relevanz dieser Frage ergibt sich wiederum aus den Konsequenzen für die Praxis, die mit dem jeweils spezifischen Verständnis einhergehen. Da es sich in diesem Sinne um eine Frage der *Bedeutung* (nämlich des Konzepts *internationaler Politik*) handelt und Bedeutung, wie später dargelegt wird, *politisch* ist, ist auch die Frage nach internationaler Politik eine *politische*. Mit dem ‚Umweg‘ über Ontologie als Ausgangspunkt der Frage nach dem Verständnis internationaler Politik steht nicht weniger auf dem Spiel als das daraus resultierende Set (als sinnvoll wahrgenommener) möglicher artikulatorischer Praktiken. Denn jeder unterschiedliche Zugang begünstigt eine andere Ausprägung politischer Theoriebildung und politischer Handlungsmöglichkeiten. Dabei ist allerdings zu betonen, dass sich nicht alle Zugänge gleichermaßen Gehör verschaffen können, sondern dass auch hier Machtasymmetrien zwischen dominanten Strömungen und marginalisierten Ansätzen bestehen.

Um das Set politikwissenschaftlicher Theoriebildung und (teilweise aus dieser hervorgehender) artikulatorischer Praktiken nun konkret betrachten zu können, muss auch hier eine spezifische theoretische Perspektive eingenommen werden: So wird in dieser Arbeit im Folgenden nach den ontologischen Bedingungen einer *postfundamentalistischen* Perspektive gefragt. Dadurch wird ausgelotet, inwiefern und auf welche Weise sich ein solcher Zugang der internationalen Politik nähern kann und welches Potenzial damit verbunden ist. Auf den Punkt gebracht setzt sich die Arbeit also mit der Frage nach einem Verständnis von *internationaler Politik* auf der Grundlage einer postfundamentalistischen *Ontologie des Politischen* auseinander.

Die im Folgenden eingenommene spezifische Betrachtungsweise ist demnach die einer postfundamentalistischen Theorie, wobei im Konkreten an das Werk von

Ernesto Laclau, seine gemeinsame Arbeit mit Chantal Mouffe sowie die weiterführende und vertiefende Arbeit von Oliver Marchart angeschlossen wird. Ein solcher postfundamentalistischer Ansatz betont die diskursive Einbettung des Gegenstandes der internationalen Politik (sowie der gleichnamigen politikwissenschaftlichen Disziplin), wobei ‚diskursiv‘ hier als zentraler Begriff des theoretischen Kontexts eine konkrete, noch zu erörternde Bedeutung hat. Damit entgeht der Ansatz den Fallen des Essentialismus und des Determinismus, welche die Gefahr bergen, eine Analyse auf einen *a priori* definierten Aspekt engzuführen. Auf der anderen Seite soll der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass durchaus (wenn auch kontingente) Strukturen in Form hegemonialer diskursiver Formationen existieren, welche den politischen Raum strukturieren. So wird vermieden, dass im Sinne der Beliebigkeit (wie dies auch poststrukturalistischen Theorien vorgehalten wird) politische Identitäten und existierende Ungleichheitsstrukturen ausgeblendet werden und sich materiell manifestierende ungleiche Machtverhältnisse übersehen werden. So kann gar aus Elementen der Ontologie selbst eine Kritik entwickelt werden, die auf theoretischer wie praktischer Ebene sowohl gegen die *deterministische* Naturalisierung von Kategorien als auch gegen die *relativistische* Idee ihrer Beliebigkeit gerichtet ist.

Diese Positionierung in Abgrenzung zu Begriffen und Konzepten anderer Theorien oder Diskurse scheint dabei eine dem ontologischen Verständnis eines postfundamentalistischen Ansatzes inhärente Geste: Begriffe und Konzepte – in diesem Fall das der *internationalen Politik* – erlangen dem postfundamentalistischen Verständnis nach stets nur einen Sinn oder eine Bedeutung, indem sie in Beziehung zu anderen Begriffen oder Konzepten gesetzt werden. Neben der ‚inneren‘ Anordnung der Konzepte im Rahmen eines Diskurses des postfundamentalistischen Ansatzes einerseits, ist daher auch die Abgrenzung gegenüber anderen Theorien und ihren spezifischen ontologischen Sichtweisen als ihr ‚Außen‘ andererseits unumgänglich. Wenngleich zwar die Fragestellung auf internationale Politik als *Gegenstand* oder *Konzept* (beziehungsweise auf die Frage nach ihrem Status) bezogen bleibt, wird (wie gezeigt wird: *notwendigerweise*) der Punkt kommen, an dem der Bezug zur *Disziplin* der Internationalen Beziehungen bzw. Internationalen Politik hergestellt wird. Denn von ihrer ontologischen Grundlage her ist eine – sofern diese Formulierung angemessen erscheint – *postfundamentalistische Theorie der Internationalen Politik* zwar auf einen Gegenstand gerichtet, betrachtet

diesen aber ebenso wie die Disziplin, in der sie verortet werden kann, in einem diskursiven Kontext und kann weder das eine noch das andere als gegeben oder endgültig gesetzt voraussetzen.

In Anbetracht der Fragestellung sowie dieses disziplinären Bezugs erscheint es sinnvoll, vor Beginn der Analyse eine kontextuelle Verortung in zweierlei Hinsicht im diskursiven Feld der Disziplin der Internationalen Politik vorzunehmen: So wird, erstens, ein Überblick über den Begriff der *internationalen Politik* und einige damit einhergehende Grundannahmen im Kontext poststrukturalistischer Ansätze gegeben. Diese mit einer postfundamentalistischen Perspektive ‚verwandten‘ Ansätze sollen dabei gleichzeitig als Rahmen dienen für eine Einführung in grundlegende Konzepte einflussreicher Strömungen der Internationalen Beziehungen. Zweitens folgt anschließend ein Überblick über an Laclau orientierte Theorien und Arbeiten im Feld der Internationalen Politik, in dessen Rahmen die zentralen Bezugspunkte dieser Zugänge umrissen werden.

1.2 Rückblick und aktueller Kontext (I)nternationaler Politik

Der Beginn dessen, was später als internationale Beziehungen oder internationale Politik bezeichnet wird, kann auf spezifische Entwicklungen in Europa ab etwa dem 17. und 18. Jahrhundert zurückverfolgt werden (vgl. Der Derian 1989, 3). Nach James Der Derian sei es vor allem „the formal Declaration of the Rights of Man of 1789 that ‚sovereignty resides essentially in the nation‘, and, ironically, the imperial promulgation of that doctrine by Napoleon that effectively signal the end of interdynastic relations and the beginning of international relations“ (ebd.). Während die Verwendung der Bezeichnung ‚International Relations‘ erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts Einzug gehalten habe, kann der Begriff ‚international‘ ebenfalls bereits auf das Jahr 1789 zurückgeführt werden, in dem es bei Jeremy Bentham als Konzept im rechtlichen Kontext auftaucht (vgl. ebd.).

Mehr als zwei Jahrhunderte später hat sich im akademischen Bereich eine Vielzahl unterschiedlicher Sichtweisen und Erklärungsansätze zum inzwischen etablierten Feld der *International Relations* ausgebildet, die auf die Politik auf internationaler Ebene ausgerichtet sind. Sie sind dabei nicht als homogene Konzepte zu verstehen, sondern eher als „gefestigter und sich weiter ausdifferenzierender Theorienpluralismus“ (Schieder/Spindler 2010, 14). Denn das Verständnis von Gegen-

stand und Disziplin der (I)nternationalen Beziehungen/Politik ist in der Tat vielfältig. Dennoch werden in Darstellungen der politikwissenschaftlichen Disziplin gegen Mitte und Ende des 20. Jahrhunderts einige „große Debatten“ zwischen den dominierenden Theorien oder Strömungen unterschieden (vgl. ebd., 12–13). Als erste dieser Theoriedebatten gilt die Auseinandersetzung zwischen politischem Realismus und Idealismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (vgl. ebd., 12). Als zweite Debatte gilt die in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgetragene Diskussion zwischen ‚traditionalistischen‘ Ansätzen, die auf geisteswissenschaftliche Methoden rekurrierten, und ‚szientistischen‘, welche eine naturwissenschaftliche Herangehensweise propagierten (vgl. ebd., 12–13).

Sinnbildlich für die zunehmende Heterogenität der Disziplin ist die Uneinigkeit bei der Identifikation einer dritten Debatte. Diese Bezeichnung wird einerseits für eine Auseinandersetzung zwischen realistischen, pluralistischen und strukturalistischen Ansätzen verwendet und beschreibt andererseits die Debatte zwischen positivistischen und postpositivistischen Positionen ab den 1980er Jahren (vgl. ebd., 13). Letztere wird auch als eine „intensive Auseinandersetzung mit den wissenschaftstheoretischen Grundlagen der Disziplin gesehen, welche zahlreiche Annahmen über die Beschaffenheit der internationalen Beziehungen wie etwa die Anarchie des internationalen Systems in Frage stellte“ (ebd.) ². Zu diesen postpositivistischen Theorien gehören eine Reihe von Werken und Autor*innen, die bisweilen unter dem Überbegriff des „Poststrukturalismus“ zusammengefasst werden. Ein kurzer Überblick über ihre zentralen Annahmen und Konzepte sowie einige Vertreter*innen soll diese Perspektive einerseits als unmittelbares theoretisches Umfeld des im Folgenden vertretenen Ansatzes vorstellen und dabei andererseits ein Schlaglicht auf einige Vorstellungen anderer Theorien und ihre ontologischen Prämissen werfen, von denen sie sich abgrenzen.

So kritisiert bspw. bereits Ende der 1980er Jahre die britische Politikwissenschaftlerin* J. Ann Tickner die bekannten „six principles“ des einflussreichen Vertreters des politischen Realismus Hans Morgenthau aus feministischer Perspektive. So sei Morgenthaus Beschreibung des internationalen Systems lediglich „a partial description of international politics because it is based on assumptions about human nature that are partial and that privilege masculinity“ (Tickner 2014, 8). Generell sieht Tickner Morgenthaus positivistischen Anspruch objektiver Er-

2 Zu einem alternativen Mapping der Debatten siehe Ole Wæver (Wæver 2005; vgl. Schieder/Spindler 2010, 13).

kenntnis skeptisch und stellt ihm die feministische Perspektive der sozialen Konstruktion und sprachlichen Vermittlung von Erkenntnis gegenüber (vgl. ebd., 9). Des Weiteren kritisiert Tickner unter anderem die Engführung nationaler Interessen auf den Begriff der Macht, betont deren Kontextabhängigkeit und Kontingenz und spricht sich gegen die Reduktion von Politik auf eine autonome politische Sphäre aus (vgl. ebd., 17).

David Campbell verfolgt einen Ansatz, der auf einer von Jacques Derrida und Judith Butler inspirierten poststrukturalistischen Ontologie aufbaut (vgl. Campbell 1998; vgl. Campbell 2005). Zentrale Konzepte sind dabei unter anderem jene der Kontingenz, der Relationalität von Identität und Differenz sowie der Performativität von (politischer) Identität (vgl. ebd., 8–10) und damit der Rolle von Praktiken für die Erzeugung und Stabilisierung von Bedeutung (vgl. ebd., 39). Campbell thematisiert und kritisiert dabei explizit vor allem in *Writing Security* (Campbell 2005) die historischen Umstände und den diskursiven Kontext, die ein vorherrschendes Verständnis von internationaler Politik und Außenpolitik hervorgebracht haben, welches das internationale System charakterisiert als „an arena of practice in which some subjects emerge with the status of actors, who are sustained by a variety of practices that establish the boundaries of legitimate meaning and naturalize a particular order“ (ebd., 39). Dabei können bei Campbell Disziplin – der Fokus liegt auf der *Außenpolitikanalyse* als Teil der Internationalen Beziehungen – und Gegenstand als diskursiv überformt und nicht voneinander trennbar gesehen werden. In diesem Sinne plädiert Campbell für eine Problematisierung des Nationalstaatszentrierten Narrativs des Westfälischen Systems (vgl. ebd., 40–43), das er als zentral erachtet für einen „western discourse about western states“ (ebd., 239), der die Disziplin der Internationalen Beziehungen dominiere (vgl. ebd.).

Die Vorstellung, dass der Gegenstand der internationalen Politik sowie die mit ihm befasste Disziplin nicht voneinander zu trennen seien, findet sich auch bei R. B. J. Walker (vgl. Walker 1993). Walker sieht in der Übernahme historischer Entwicklungen der Moderne als unhinterfragte Prinzipien den ontologischen Rahmen für politisches Handeln, aber gleichzeitig auch für wissenschaftliche Theoriebildung im Feld der Internationalen Beziehungen (vgl. ebd., 1–25). Dominantes Motiv der Internationalen Beziehungen sei dementsprechend staatliche Souveränität und damit konstitutiv verbundene politische Identität(en) (vgl. ebd., 11–13; Walker 2017, 23). Aufgrund der ontologischen Gleichursprünglichkeit von internationaler

Politik und Theorien der Internationalen Beziehungen sieht Walker sie nicht als unabhängig voneinander an, sondern schreibt letzteren – in deutlicher Kritik der Tradition des politischen Realismus – einen beinahe determinierenden Effekt auf Politik zu indem er sie als „constitutive horizon of modern politics in the territorial state“ (Walker 1993, 9) liest. Walker plädiert daher für eine poststrukturalistische Kritik ontologisierter Strukturen, die deren Historizität offenlegt und neue Denkräume öffnet (vgl. ebd., 15–23).

Durch diesen Überblick über einige mehr oder weniger explizit einem Feld poststrukturalistischer Theorien zuordenbaren Zugänge ergibt sich ein Einblick in die Ontologie(n) poststrukturalistischer Ansätze. Dabei fällt auf, dass ein Bezug auf Ontologie in den meisten der vorgestellten Perspektiven explizit vorhanden ist. Gleichzeitig wird durch die Linse poststrukturalistischer Theorien auch ein Blick auf fundamentale Themen und Bedingungen des Feldes der Internationalen Politik geworfen, wie sie in gängigen Theorien der Disziplin zu finden sind: Die aus poststrukturalistischer Richtung konstatierte Historizität der Disziplin und ihrer Untersuchungsobjekte steht dabei einer Naturalisierung von Nationalstaaten gegenüber; Kontingenz und die Relationalität von Identitäten kontrastieren mit einem starren, anarchischen System; eine Betonung der konstruktiven Rolle/Dimension von Sprache und Diskurs sowie Performativität trifft auf ein positivistisches Wissenschaftsverständnis.

Wenngleich sich der oben zitierte Theorienpluralismus natürlich nicht in den genannten Positionen erschöpft, sondern eine Vielzahl weiterer Zugänge für die aktuelle Diskussion innerhalb der Disziplin relevant ist, konnte doch das *weitere* Feld der (I)nternationalen Politik etwas abgesteckt werden, auf das der im Folgenden vertretene postfundamentalistische Ansatz trifft. Zunächst wird jedoch erst der *engere* theoretische Kontext umrissen – das Feld jener Arbeiten, die sich explizit auf Laclau beziehen.

Für die Erschließung des Feldes von Arbeiten im Bereich der Internationalen Politik, die explizit auf das Werk von Ernesto Laclau zurückgreifen, kann Eva Herschingers überblicksartiger Beitrag *Hegemonie und Identität. Ernesto Laclaus Werk in den Internationalen Beziehungen* (vgl. Herschinger 2017) als Ausgangspunkt herangezogen werden. Herschinger schreibt, dass es nach einzelnen Arbei-

ten in den 1990er Jahren zu einem quantitativen Anstieg und einer thematischen Diversifizierung von Arbeiten mit Bezug auf Laclau gekommen sei (vgl. ebd., 131–2). Dabei habe sich auch die Anwendung des Laclau'schen Ansatzes verbreitert, sodass es mittlerweile zu einem breiten Einsatz von Konzepten wie „Antagonismus, Identität, Subjektpositionen, Artikulation, Hegemonie“ (ebd., 132) komme. In den Internationalen Beziehungen besonders produktiv sei das Konzept der relationalen Identität und die von Laclaus und Mouffes aus Antonio Gramsci entwickelte Lesart von Hegemonie, was sich auch in Herschingers eigener Arbeit widerspiegelt. Dort werden sie herangezogen, um die Konstruktion hegemonialer Identitätsdiskurse im Kontext von Terror- und Drogenbekämpfung zu untersuchen (vgl. Herschinger 2011; Herschinger 2012; Herschinger 2014; Herschinger 2019). Auf dieses Konzept von Identität bezieht sich auch Thomas Diez, wobei besonders der Aspekt der Konstruktion von Identität durch Exklusion betont wird (vgl. Diez 2004). So argumentiert beispielsweise Diez mit dem Politikwissenschaftler* Ole Waever, dass das für die Konstruktion notwendige „Andere“ für Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seine eigene Vergangenheit gewesen sei, es aber zunehmend zu einer Verschiebung von einem temporalen zu einem territorialen „Anderen“ komme (vgl. ebd., 325; Wæver 1998, 90). Ein solches territoriales, aber vor allem auch kulturelles „Othering“ (als eine solche stabilisierende Konstruktion eines Gegenübers) untersucht Lene Hansen im Kontext des Krieges in Bosnien (vgl. Hansen 2006). Hansen sieht einen materialistischen Diskursbegriff als zentral für den Zugang zum Feld der Internationalen Beziehungen. Diskurs und damit Sprache als relationales System werden dabei als zutiefst politisch verstanden und Politik (*policy*) und Identität als „ontologically interlinked“ (ebd., 15, 19). Außenpolitische Diskurse hätten damit das Ziel, die Beziehung von Politik und Identität zu stabilisieren (vgl. ebd., 16). Dies könne allerdings gemäß dem unter anderen auf Foucault, Derrida, Butler sowie Laclau und Mouffe bauenden Ansatz der ‚diskursiven Epistemologie‘ nie vollständig gelingen (vgl. ebd., 15–21).

Dirk Nabers bezieht sich bei seinen Untersuchungen (vgl. Nabers 2015; Nabers 2019) zu einem Konzept der Krise auf Laclaus Verständnis von Diskurs und Diskursivität und spannt darauf aufbauend einen diskurstheoretischen Bogen zu *Global Politics*. Mit diesem Begriff, den er mit Bezug auf die oben genannten Campbell (vgl. Campbell 1998) und Walker (vgl. Bigo/Walker 2007) gebraucht, wird Nabers Sicht auf die Internationalen Beziehungen deutlich. Denn der Begriff „seems

appropriate as a replacement for ,IR,‘ (International Relations, CR) which has conventionally focused on sovereign states, interstate relations, and the international system as a metaphor for the sum of these relations“ (Nabers 2015, 4). Nabers bezieht sich auch explizit auf eine „political ontology“, die, wie später weiter herausgearbeitet wird, die ontologische Dimension des Politischen herausstreicht (vgl. ebd., 2).

Die auf Laclau und Mouffe rekurrierenden Arbeiten weisen meist einen unmittelbaren Bezug zu Ontologie auf und bedienen sich einer ganzen Reihe relevanter Konzepte der beiden Theoretiker*innen. In der folgenden Untersuchung soll (vorerst) kein einzelner Aspekt herausgegriffen werden, sondern die politische Ontologie auf umfassende Weise nachgezeichnet werden. Mit diesem kurzen – teils expliziten, teils impliziten – Überblick über die ontologischen Zugänge anderer Theorien aus dem Feld der Internationalen Politik beginnt die Arbeit mit der Schaffung eines Bezugspunktes – im metaphorischen sowie im herkömmlichen Sinn. Als Bezugspunkt im herkömmlichen Sinn insofern, als ein Eindruck von Gegenstand und Disziplin der Internationalen Politik im Rahmen anderer Diskurse gegeben wurde. Im metaphorischen, auf die Diktion der unten vorgestellten Ontologie bezogenen Sinn, soll dieser Überblick einen Bezugspunkt innerhalb eines Systems von Differenzen im Rahmen des hier aufgegriffenen postfundamentalistischen Diskurses darstellen³. Doch bevor diese Ontologie genauer betrachtet wird, wird erst die weitere Vorgehensweise dargelegt.

1.3 Vorgehensweise und Gliederung

Im Zuge der Beantwortung der Frage nach einem postfundamentalistischen Verständnis internationaler Politik wird im Folgenden eine umfassende Auseinandersetzung mit der politischen Ontologie Laclaus und Mouffes vorgenommen. Daran anschließend wird herausgearbeitet, wie eine dieser Ontologie entsprechende Vorstellung von internationaler Politik aussehen kann und wie ihr Verhältnis zur entsprechenden wissenschaftlichen Disziplin ausgestaltet sein kann. Im nächsten Kapitel (Kapitel 2) wird anhand einiger Texte von Ernesto Laclau (vgl. Laclau 1990; Laclau 2013; Laclau 2014), teilweise in Zusammenarbeit mit Chantal Mouffe (vgl. Laclau/Mouffe 2015) entstanden, der darin vertretene ontologische Zugang rekon-

³ Das dabei nicht ein hierarchisch privilegierter Bezugspunkt gemeint ist, sondern die (Bezugs-)Punkte innerhalb eines Systems von Differenzen in Bezug zueinander treten (vgl. Laclau/Mouffe 2015, 141), wird unten genauer erläutert.

struiert. Der Fokus wird dabei (vorerst) nicht auf ein bestimmtes Konzept gelegt, sondern auf eine umfassende Darstellung, welche die relevanten Punkte und Zusammenhänge verständlich wiedergeben soll. Dieser Abschnitt bildet das theoretische Fundament, auf dem die weitere Arbeit aufbaut. Dabei wird im Verlauf der Auseinandersetzung mit der politischen Ontologie deutlich, dass *internationale Politik* als ontischer Diskurs keine ontologisch begründete, herausragende Stellung gegenüber anderen ‚Formen‘ der Politik haben kann.

Dieser Punkt wird in Kapitel 3 vertieft, in dem im ersten Abschnitt auf Oliver Marchart (vgl. Marchart 2010; Marchart 2017; Marchart 2018b; Marchart 2018a) und seine Radikalisierung der *politischen Ontologie* zu einer *Ontologie des Politischen* Bezug genommen wird. Dabei wird die Unterscheidung von Politik und dem Politischen ins Feld der internationalen Politik übertragen. Im darauffolgenden Abschnitt wird nach dem Moment des Internationalen gefragt und danach, wie sich die kollektiven Entitäten konstituieren, zwischen denen internationale Politik vermeintlich stattfindet. Im dritten Abschnitt von Kapitel 3 wird im Anschluss daran gefragt, inwiefern es möglich ist oder sinnvoll erscheint, überhaupt von ‚internationaler Politik‘ zu sprechen. Die Argumentation fokussiert dabei die bestehenden historischen, kontingenten Diskurse zum Feld beziehungsweise zur Disziplin der Internationalen Politik. Es ist möglich, wenn auch nicht immer sinnvoll – so wird argumentiert – im ontischen Kontext bestimmter Diskurse von internationaler Politik zu sprechen. Dabei wird gezeigt, dass die in der Arbeit als besonderes Merkmal herangezogene Dimension von internationaler Politik als Politik zwischen bzw. im Kontext von *Identität* ebenfalls den Bedingungen des Antagonismus unterliegt und bestenfalls – dies aber potenziell auf produktive Weise – von heuristischem Wert sein kann. In diesem Zuge wird das Laclau'sche Verständnis von Identität genauer betrachtet und in Relation zu ‚Ebenen‘ von Identitäten diskutiert, die in der Internationalen Politik zu finden sind. Im Rahmen dessen wird als weitere Dimension eines postfundamentalistischen Konzepts internationaler Politik das Verhältnis von Ontologie und Disziplin untersucht und ein Vorschlag zur Einordnung und Analyse im Kontext anderer Theorien vorgeschlagen.

Etwas abstrahiert kann der Faden der Argumentation auch als Variation der Forschungsfrage im Sinne einer unterschiedlichen Nuancierung der Betonung – und damit der Bedeutung – als Leitfrage der jeweiligen Kapitel gesehen werden. Die drei Fragen, die sich auf diese Weise ergeben, lauten: (1) Was ist internationale

Politik? – mit Bezug auf das Politische und Politik; (2) was ist *internationale Politik?* – mit Bezug auf den ontischen Diskurs und Identität; (3) was ist *Internationale Politik?* – mit Bezug zur Disziplin als Querschnittsthema. Zu ergänzen wäre im Sinne der Forschungsfrage jeweils die hier eingenommene, spezifische Perspektive einer postfundamentalistischen Ontologie, die es nun zu erläutern gilt. Die Fragen sollen jedenfalls die Forschungsfrage weder ersetzen noch ändern. Sie sind vielmehr als Leitfaden zu verstehen, welcher der Annäherung an die Beantwortung oben formulierten Fragestellung dienen soll.

2 Politische Ontologie des Postfundamentalismus

Der Begriff des Postfundamentalismus leitet sich vom englischen Begriff des *post-foundationalism* (vgl. Marchart 2008, 11; Marchart 2018b, 3) ab und wird unter anderem in der 2002 erschienen deutschen Übersetzung von Laclau *Emancipation(s), Emanzipation und Differenz*, noch als „Post-Fundationalismus“ übersetzt (vgl. Marchart 2013b, 11). Ähnlich wie unter *Anti-* oder *Non-Fundationalismus* bzw. *-fundamentalismus*, werden darunter „üblicherweise neuere Theorieansätze verstanden, die die Annahme zurückweisen, Wissen und Erkenntnis seien in einem universalen, objektiven Fundament – von Gott bis zur Vernunft – verankerbar“ (ebd.). Unter der Bezeichnung *Postfundamentalismus* (in dieser Schreibweise Marchart entnommen (vgl. Marchart 2010, 8–18; Marchart 2018b)) kann neben Laclau eine ganze Reihe von Denker*innen subsumiert werden, die auf die eine oder andere Art ein Denken unter der Bedingung der Abwesenheit eines letztinstanzlichen Fundaments praktizieren⁴. Im Unterschied zum *Antifundamentalismus* verneint der *Postfundamentalismus* allerdings nicht ohne weiteres die Existenz eines Fundaments an sich, sondern betont die Notwendigkeit der (politischen) Etablierung eines *kontingenten* Fundaments (vgl. Butler 1992; Marchart 2010, 62).

Ein Blick in die Geschichte legt nahe, dass die Herausbildung postfundamentalistischer Strömungen in Zusammenhang mit einer „Krise des fundamentalistischen Horizonts“ (ebd., 15) zu sehen ist. Marchart beschreibt fundamentalistisches Denken folgendermaßen:

Unter Fundamentalismus (*foundationalism*) sind besonders jene Positionen zu verstehen, die von fundamentalen, d.h. revisionsresistenten Prinzipien, Gesetzen oder objektiven Realitäten ausgehen. [...] Der Fundamentalismus lebt in vielen Ansätzen fort – man denke nur an den Neoliberalismus und dessen Behauptung von den unabänderlichen Naturgesetzen des Marktes oder an all die hochsubventionierten Versuche, soziale und psychologische Identitätsmerkmale in den menschlichen Genen aufzuspüren. [...] (G)anz zu schweigen von den politischen Neo-Fundamentalismen, die alles daran setzen, Gesellschaft wieder auf unwandelbare Prinzipien zu gründen. (ebd., Herv. i.O.)

4 Oliver Marchart nennt in *Die politische Differenz* beispielhaft Jean-Luc Nancy, Claude Lefort, Alain Badiou, Jaques Rancière, Ernesto Laclau und Giorgio Agamben (vgl. Marchart 2010).

Obwohl Marchart von einer Krise fundamentalistischer Denkstrukturen spricht, sind diese also nicht überwunden. Sie sind nach wie vor in positivistischen Wissenschaften, im politischen Denken (ungeachtet der politischen Ausrichtung) und in vielen weiteren Bereichen des Lebens verankert. Fundamentalistische Denkmuster schlagen sich in Konzepten nieder wie „Totalität, Universalität, Substanz, Essenz, Subjekt oder Struktur, aber auch Markt, Gene, Geschlecht, Hautfarbe, kulturelle Identität, Staat, Nation etc.“ (ebd., 16) – Konzepte, deren Präsenz in der Alltagssprache auf die Hegemonie fundamentalistischen Denkens verweist. Angesichts der andauernden Hegemonie kann jedoch insofern von einer Krise gesprochen werden, als diese Konzepte und Denkfiguren als hinterfragbar erfahren und auch unablässig infrage gestellt werden. Als postfundamentalistisch wird nun jenes Denken bezeichnet, das die unablässige Hinterfragung solcher fundamentalistischen Denkmuster betreibt. Das *Post*-fundamentalistische charakterisiert dabei, dass Fundamente unablässig infrage gestellt werden, die Notwendigkeit der Existenz kontingenter Fundamente jedoch nicht abgelehnt wird, wie dies bei anti-fundamentalistischen Denkansätzen der Fall wäre⁵.

Eine politische Theorie, die in einen solchen postfundamentalistischen Kontext gestellt werden kann, formulieren Laclau und Mouffe (vgl. u.a. Laclau 1990; Laclau 2014; Laclau/Mouffe 2015; Mouffe 2018a), deren Werk zusammen mit den theoretischen Erweiterungen und Folgerungen von Oliver Marchart (vgl. Marchart 2010; Marchart 2013a; Marchart 2018a; Marchart 2018b) den theoretischen Rahmen dieser Arbeit darstellt. Ein zentrales Argument dieses Ansatzes lautet, vereinfacht dargestellt, dass Bedeutung als Bedingung von Sozialität nicht substantiell (und somit *notwendig*) gegeben und auch nicht vollkommen *beliebig* ist. Vielmehr ist Bedeutung das *kontingente* Ergebnis artikulatorischer Praktiken, die hegemonial geworden sind (vgl. Wullweber 2013). Ein so etabliertes Bedeutungssystem (Diskurs) ist nicht in etwas *Positivem* begründet, sondern stabilisiert sich nur in einem relationalen System zu seinem *Außen*. Denn „die Systematizität eines Signifikationssystems (kann) nur von einer Grenze garantiert werden [...], die ihrerseits nicht differenzieller, sondern *antagonistischer* Natur ist“ (Marchart 2010, 213–214, Herv. CR). Auf der Ebene von Gesellschaft bedeutet das in den Worten von Mouffe:

5 Einen Überblick über das Verhältnis von *foundationalism*, *anti-foundationalism* und *post-foundationalism* in der politischen Theorie bietet Tamara Caraus in *Re-grounding Cosmopolitanism - Towards a Post-foundational Cosmopolitanism* (vgl. Caraus 2016b, 8–11; vgl. Marchart 2010, 16, 62–63).

„Gesellschaft wird [...] als Produkt einer Reihe von hegemonialen Praktiken gesehen, die darauf abzielen, in einem Umfeld von Kontingenz eine Ordnung zu schaffen“ (Mouffe 2018a, 100). Mouffe folgert daraus: „Jede Ordnung ist stets Ausdruck einer bestimmten Konstellation von Machtverhältnissen und entbehrt eines rationalen Urgrunds“ (ebd., 101). Gesellschaft lässt sich also nicht an einem transzendentalen Fundament („Urgrund“) festmachen. Ebenso wenig bedeutet das aber die Abwesenheit jeglichen Fundaments, wovon *anti-fundamentalistische* Positionen ausgehen. Eine postfundamentalistische Position geht vielmehr davon aus, dass es wegen der Abwesenheit jeder Letztbegründung – damit auch einer Letztbegründung von Sozialität – notwendig ist, politisch ein temporäres und kontingentes Fundament zu instituieren (vgl. Marchart 2010, 246). Diese grundlegende Institutionierung ist nur durch die Kategorie des Antagonismus möglich, der von Marchart auch mit dem Politischen gleichgesetzt wird (vgl. ebd., 214; Marchart 2018b, 12). Marchart leitet davon ab, dass es sich bei Laclau und Mouffe im Grunde um eine „politische Ontologie“ (Marchart 2010, 215, Herv. i.O.) handelt und radikalisiert den Ansatz zu einer „Ontologie des Politischen“ (Marchart 2018b, 24–26), wie weiter unten erläutert wird. Die hier überblicksartig dargestellten Überlegungen bilden die Grundlage für eine spezifisch postfundamentalistische Betrachtung des Gegenstandes sowie der Disziplin der (I)nternationalen Beziehungen. Bevor später die konkreten Folgerungen für einen postfundamentalistischen Begriff internationaler Politik gezogen werden, wird erst der eben umrissene Ansatz ausführlicher aufgearbeitet.

Für eine Einführung in die laclau'sche⁶ Ontologie bietet es sich an, auf das 1985 gemeinsam mit Chantal Mouffe publizierte Werk *Hegemony & Socialist Strategy. Towards a radical democratic politics* (Laclau/Mouffe 1985) zurückzugreifen, das seit 1991 unter dem Titel *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus* in deutscher Übersetzung vorliegt (Laclau/Mouffe 2015). Wie im deutschen Untertitel angedeutet, wird zu Beginn des Werks eine dekonstruktive Lektüre verschiedener marxistischer Lesarten des Konzepts der „Hegemonie“ vorgenommen und dabei essentialistische Elemente herausgearbeitet. Ausgehend von dieser genealogischen Aufarbeitung mit ihrer Kritik des Begriffs der Hegemonie legen Laclau und Mouffe anschließend dar, warum ihrer Ansicht nach ein solcher positiv fundierter Hegemoniebegriff nicht angemessen sei und wie er auf

6 Wenngleich zentrale Teile des Konzepts in Ko-Autor*innenschaft mit Mouffe entstanden, werden im Folgenden primär die theoretischen Ausarbeitungen von Laclau aufgegriffen.

postfundamentalistische Weise reformuliert werden könne. Die Notwendigkeit einer Reformulierung sehen sie, weil die Beibehaltung essentialistischer Residuen in ihren Augen zu theoretischen Widersprüchen führt. Von besonderem Interesse für die vorliegende Arbeit ist der darauffolgende Abschnitt mit dem Titel *Jenseits der Positivität des Sozialen: Antagonismus und Hegemonie*. Hier entwerfen Laclau und Mouffe ihre postfundamentalistische diskurstheoretische Hegemonietheorie, aus welcher die Grundlagen einer postfundamentalistischen Theorie internationaler Politik abgeleitet werden sollen. Dafür werden erst die Konzepte von Artikulation und Diskurs und ihre Rolle bei der Produktion von Bedeutung vorgestellt. Anschließend wird die Dimension des Antagonismus erläutert, welche eine essentialistische Fixierung von Bedeutung verhindert, bevor zuletzt eine postfundamentalistische Vorstellung partieller Fixierung von Bedeutung eingeführt wird.

2.1 Artikulation und Diskurs

Die Grundlage des postfundamentalistischen Denkens beruht auf einer Reihe ebenso einleuchtender wie einfacher Beobachtungen beziehungsweise Überlegungen: In einer Welt ohne transzendentes, positives Fundament, ist es nicht möglich, eine Ordnung von einer Letztbegründung abzuleiten (vgl. ebd., 145). Das Streben nach einer gewissen Ordnung in Form der Strukturierung und partiellen Fixierung von Bedeutung, ist aber die Voraussetzung des Sozialen (vgl. ebd., 147). Wenn allerdings sowohl die Möglichkeit einer positiven (weil beispielsweise in einer Essenz oder einem Wesen von Sozialität oder Bedeutung begründeten) Ordnung, als auch die Abwesenheit jeder Ordnung ausgeschlossen werden können oder sogar müssen, stellt sich die Frage, wie etwas Ordnendes, Strukturierendes gedacht werden kann.

Die Antwort lautet, dass, wenn es schon keinen fundamentalen oder transzendentalen Bezugspunkt gibt, von dem aus sich ein Bedeutungssystem etablieren könnte, sich die Elemente doch *in Relation zueinander* anordnen können. Diese Überlegungen leiten Laclau und Mouffe von der Saussure'schen Sprachphilosophie ab (vgl. ebd.). Das Argument lautet, Signifikat und Signifikant, also das, was „bedeutet wird“ und das, was „bedeutet“, seien nicht unmittelbar und untrennbar

miteinander verbunden (vgl. Laclau 1990, 109). Ihre Beziehung muss vielmehr erst artikuliert und auf diese Weise in einem System angeordnet werden. Laclau und Mouffe sprechen dabei mit Bezug auf Foucault und seinen Begriff einer „diskursiven Formation“ von der „Regelmäßigkeit in der Verstreuung“ der Elemente (vgl. Laclau/Mouffe 2015, 139). Anstatt diese Regelmäßigkeit der Verstreuung allerdings aus der Perspektive eines Bezugspunktes (der wiederum zu einem Fundament würde) zu verstehen, kann dieselbe Verstreuung auch unter dem Aspekt ihrer *Regelmäßigkeit* betrachtet werden (vgl. ebd.). Diese regelmäßige Anordnung der Elemente, die wegen der Abwesenheit eines Bezugspunktes zugleich möglich und notwendig wird, geschieht mittels Artikulation beziehungsweise artikulatorischer Praxis. Laclau und Mouffe bezeichnen als

Artikulation jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird. Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir *Diskurs*. Die differentiellen Positionen, insofern sie innerhalb eines Diskurses artikuliert erscheinen, nennen wir *Momente*. Demgegenüber bezeichnen wir jede Differenz, die nicht diskursiv artikuliert ist, als *Element*. (ebd., Herv. i.O.)

Sind Bedeutung und Sozialität nicht *a priori* fixiert, weil es nichts Positives gibt, das diese Fixierung gewährleisten würde, können sie nicht als etwas Konkretes gedacht werden – dafür müsste ihre Bedeutung ja schon fixiert sein. Sie sind vorerst bloße Differenzen, die als *Elemente* bezeichnet werden. Diese Elemente wiederum sind nicht substantiell gegebene Entitäten, die nur als solche erkannt und durch ihre Artikulation in einen Diskurs eingefügt werden müssten. Vielmehr sind Elemente nur insofern und nur negativ definiert, als sie als *Differenzen* etwas darstellen, das nicht identisch ist. Sie sind also etwas anderes – eine differentielle Position. Durch artikulatorische Praxis oder Praktiken werden diese vordiskursiven Elemente so zueinander in Relation gesetzt, dass sie als *Momente* eines Systems eine Bedeutung erhalten und somit Teil eines *Diskurses* werden. Dies ist allerdings kein diachron-chronologischer Vorgang, sondern ist synchron zu denken. Im Augenblick ihrer Artikulation *sind* die Elemente durch sie bereits Momente eines Diskurses, was wiederum erklärt, warum Elemente vordiskursiv sind. In diesem Verhältnis von vordiskursivem Element und artikuliertem Moment klingt bereits an, was weiter unten ausgeführt wird, nämlich dass alles, was gedacht und gesagt

werden kann, stets diskursiv vermittelt ist. Dies ist der Fall, da außer- oder vordiskursiv alles nur als bloße Differenz von Positionen beziehungsweise Elementen vorstellbar ist. Bevor die Konzepte des Diskursiven und des Diskurses genauer betrachtet werden, soll erst die Logik der Überdeterminierung eingeführt werden, die einen zentralen Aspekt der Verhinderung einer essentialistischen Schließung oder Fixierung von Bedeutung bildet.

Wie gezeigt wurde, handelt es sich bei einem Bedeutungssystem, einer Ordnung oder einem Diskurs um ein Ensemble von Differenzen, die in Relation zueinander gesetzt werden, wodurch sich Bedeutung und letztlich Sozialität konstituieren. Mit der Etablierung eines solchen Systems (oder Diskurses) ist Bedeutung aber nicht ein für alle Mal fixiert. Denn auch ein Diskurs ist keine *absolute* Totalität, sondern, wie oben im Zitat erkennbar, allenfalls eine *strukturierte*. Dies ist eine Folge dessen, was Laclau und Mouffe unter Rückgriff auf Louis Althusser und Sigmund Freud mit einem auf Erkenntnisse der Psychoanalyse über das Unbewusste zurückgehenden Begriff als *Überdeterminierung* bezeichnen, „ein sehr präziser Typus von Verschmelzung, der eine symbolische Dimension erfordert und eine Pluralität von Bedeutung mit sich bringt“ (ebd., 130). Sie betonen damit vor allem zwei Aspekte: Erstens unterstreichen sie, dass es sich bei der etablierten Ordnung um eine *symbolische* Ordnung handelt. Was im Diskurs durch die Regelmäßigkeit der Anordnung zu einer Ordnung wird, sind Signifikanten – nicht bedeutete Objekte selbst. Dadurch, dass letztere kein Wesen haben, sind die Signifikanten nicht an sie gebunden und die (An-)Ordnung der Signifikanten existiert nur auf symbolischer Ebene. Dies bedeutet aber wiederum nicht, dass es „zwei Ebenen, eine des Wesens und eine andere der Erscheinung (gibt), da es keine Möglichkeit gibt, einen *letzten* buchstäblichen Sinn zu fixieren, für den das Symbolische eine zweite und abgeleitete Ebene der Bedeutung wäre“ (ebd.). Zweitens betonen sie mit der „Pluralität von Bedeutung“, dass eine symbolische Ordnung, da sie nicht an das Wesen von Objekten gebunden ist, stets auch anders konfiguriert sein könnte und es andere symbolische Ordnungen geben kann, welche die Bedeutung der Momente einer diskursiven Formation untergraben. Der Prozess der Überdeterminierung verhindert also die Determination eines Systems, die eine essentialistische Schließung desselben bedeuten würde (vgl. Laclau 1990, 112; Laclau/Mouffe 2015, 130–131).

Zwei weitere Konzepte, die es näher zu bestimmen gilt, sind die Konzepte des *Diskursiven* und der *Diskurse* oder *diskursiven Formationen*. Vorweg kann zu ihrer Unterscheidung gesagt werden, dass diskursive Formationen (oder Diskurse) jene eben beschriebenen strukturierten Totalitäten sind, während es sich beim Diskursiven um etwas Grundlegenderes handelt. Es gilt im Folgenden, drei Aspekte des Diskursiven hervorzuheben.

Der erste betrifft die Anordnung der differentiellen Positionen in einer diskursiven Formation und die Frage der Totalität einer solchen Formation. Dieser Punkt wurde oben bereits angesprochen, soll hier aber mit etwas verschobenem Fokus noch einmal erläutert werden. Es wurde hervorgehoben, dass der auf Foucault zurückgehende Begriff der „diskursiven Formation“ nicht unter dem Aspekt der Verstreuung von Positionen, die relativ zu einem Bezugspunkt zu verstehen wäre, gesehen wird. Vielmehr ist die *Regelmäßigkeit* der Verstreuung dasjenige, was einer diskursiven Formation eine gewisse Systematizität verleiht. Die Struktur, die durch die Relationen der Positionen zueinander innerhalb einer Formation entsteht, verleiht einer diskursiven Formation den Status einer *strukturierten* Totalität (vgl. ebd., 139–140). Es kann sich dabei, wie argumentiert wurde, nicht um eine *absolute* Totalität handeln – in der Terminologie von Laclau und Mouffe hieße das eine „genähte“ Totalität –, da es keinen Bezugspunkt beziehungsweise kein Fundament gibt, das die Formation oder ihre *Momente* letztinstanzlich fixieren würde. Insofern handelt es sich um eine in sich strukturierte Totalität – strukturiert gegenüber dem, was nicht Teil von ihr ist. Für die einzelnen Positionen bedeutet das, dass ihre Identität nicht vollendet oder absolut ist, sondern nur durch ihre Position in Beziehung zu anderen Positionen bestimmt ist. Jede Identität innerhalb eines Diskurses ist somit relational (vgl. ebd., 140).

Der zweite Aspekt betrifft das Diskursive als solches und wurde ebenfalls bereits in seinen Grundzügen erläutert. Konkret ist dabei die Frage seiner Ausdehnung und seines Umfangs von Interesse. Da es sich hierbei um eine grundlegende, oft missverstandene Frage handelt, sollen Laclau und Mouffe zunächst selbst zu Wort kommen:

Unsere Analyse verwirft die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praxen und behauptet, dass zum einen sich jedes Objekt insofern als Objekt eines Diskurses konstituiert, als *kein Objekt außerhalb*

jeglicher diskursiver Bedingungen des Auftauchens gegeben ist und zum anderen jede Unterscheidung von gewöhnlich als linguistisch und behavioristisch bezeichneten Aspekten gesellschaftlicher Praxis entweder eine falsche Unterscheidung ist oder als eine Differenzierung innerhalb der sich in verschiedene diskursive Totalitäten strukturierenden gesellschaftlichen Sinnproduktion verortet werden sollte. (ebd., 140–141, Herv. i.O.)

Die ersten beiden Spezifizierungen, die Laclau und Mouffe präventiv vornehmen, sind Nuancen der potenziell als Paradoxie wahrgenommenen Darstellung von Diskursen als symbolischen Ordnungen bei gleichzeitiger Betonung ihres materiellen Charakters. Der erste Punkt, auf den es hierbei ankommt, ist – wie in der zitierten Passage hervorgehoben –, dass Objekte nur im Diskursiven, also „diskursiv“ gegeben sein können. Das bedeutet aber wiederum nicht, dass Diskurse rein *geistig* verstanden werden und dass außerhalb des Diskursiven nichts existiert. Das Verhältnis von Diskursivem und Außer-Diskursivem wurde weiter oben bereits in theoretischer Terminologie behandelt, wenn es heißt, dass Elemente als differentielle Positionen durch Artikulation zu Momenten eines Diskurses angeordnet werden. Objekte treten uns also nicht einfach als Entitäten in ihrer Substanz oder mit ihrem Wesen gegenüber, sondern sind von uns stets bereits in Bedeutungszusammenhänge eingeordnet – also als Momente eines Diskurses artikuliert, wie Laclau mit Mouffe auch in *New Reflections on the Revolution of Our Time* betont (vgl. Laclau 1990, 103). Die Existenz von Entitäten wird nicht bestritten, sondern stellt im Gegenteil erst eine Bedingung der Möglichkeit ihrer diskursiven Konstitution bzw. Artikulation als Objekt dar. Jedoch lässt sich kein bestimmter Objektcharakter von der bloßen Existenz ableiten (vgl. ebd., 104). Insofern kann auch nicht von zwei Ebenen – einer der Wesen und einer des Diskursiven – gesprochen werden, da Elemente nur als kontingent artikuliert Momente zugänglich sind. Im Gegensatz zu einem konkreten Diskurs stellt das Diskursive selbst kein Objekt dar, sondern einen theoretischen Horizont (vgl. ebd., 105). Der zweite Punkt, der für das Verständnis des Diskursiven eminent ist, ist sein *materieller* Charakter – eine Überlegung, bei der Ludwig Wittgenstein für Laclau und Mouffe ausschlaggebend ist. Materialität bezieht sich dabei, im Sinne der Unterscheidung zwischen Idealismus und Materialismus, darauf, dass aus der Sicht des Letzteren etwas real Existierendes nicht auf ein Konzept reduziert werden kann (vgl. ebd., 107). Bedeutung wird daher nicht auf Sprache reduziert, als geistig verstanden und auf ein allgemeines

Konzept von etwas bezogen. Genauso steht Bedeutung nicht einer Handlung gegenüber, sondern konstituiert sich vielmehr erst durch Handlungen in einer materiellen Welt. Umgekehrt enthält folglich jede Handlung auch Bedeutung (vgl. ebd., 101–102). Diskurse sind daher nicht bloß geistig oder sprachlich und stehen damit nicht einer materiellen Wirklichkeit gegenüber. Sie bilden vielmehr eine strukturierte, relationale Totalität, die sowohl sprachliche als auch nicht-sprachliche Elemente konstitutiv enthält (vgl. ebd., 100–102; Laclau/Mouffe 2015, 142–143).

Der dritte Aspekt der Spezifizierung der Konzepte von Diskurs und Diskursivem betrifft die Ausdehnung des Ersten in Letzterem. Ein Diskurs kann nie den gesamten Raum des Diskursiven einnehmen, da die Bedeutung seiner Momente ständig von anderen Diskursen untergraben wird. Dies ist eine Folge davon, dass sich diskursive Formationen Mangels eines Fundaments nur innerlich als relationale Totalität konfigurieren können und für ihre Stabilisierung auf ein Außen angewiesen sind, wie weiter unten genauer ausgeführt wird. Diese Stabilisierung kann nicht permanent und endgültig sein, da sie durch die ihr äußerlichen relationalen Totalitäten (Diskurse) gefährdet wird. Die Bedingung der Möglichkeit der partiellen Fixierung eines relationalen Bedeutungssystems ist also gleichzeitig die Bedingung der Unmöglichkeit seiner endgültigen Fixierung (vgl. ebd., 145–147). Eine solche endgültige Fixierung wird durch einen Bedeutungsüberschuss untergraben, der dadurch zustande kommt, dass jede Bedeutung in einer anderen diskursiven Formation auf andere Weise artikuliert werden kann. Laclau und Mouffe nennen dieses Terrain des Bedeutungsüberschusses, das soziale Praktiken gleichzeitig ermöglicht und notwendig macht, das „Feld der Diskursivität“ (vgl. ebd., 146). Die Unmöglichkeit endgültiger Fixierung hat weitreichende Konsequenzen, denn „(d)er unvollständige Charakter jeder Totalität führt uns notwendigerweise dazu, als Terrain der Analyse die Prämisse von ‚*Gesellschaft*‘ als einer genähten und selbstdefinierten Totalität aufzugeben. ‚*Gesellschaft*‘ ist kein gültiges Objekt des Diskurses“ (ebd., 145 Herv. i.O.). Auch hier bedeutet wiederum die Aufgabe von ‚*Gesellschaft*‘ als *genähter Totalität* nicht einen Abgesang auf das Soziale. Denn auch wenn die grundsätzliche „Unmöglichkeit von ‚*Gesellschaft*‘“ (ebd., 158) postuliert wird, existiert das Soziale „als Anstrengung, dieses unmögliche Objekt zu konstruieren“ (ebd., 147). Wenngleich dies, wie gezeigt wurde, nie gelingen kann und jeder Diskurs wegen der permanenten Untergrabung durch andere Diskurse nur eine *strukturierte* Totalität bilden kann, ist doch jedem Diskurs das Bestreben inhärent, Be-

deutung zu fixieren, damit das gesamte Diskursive beziehungsweise das gesamte Feld der Diskursivität einzuschließen und so zu einer *absoluten* Totalität zu werden (vgl. ebd.).

Die Klärung dieser drei Aspekte bezüglich (1) des Diskurses als *strukturierte* Totalität, (2) des *Umfangs* und der *Materialität* des Diskursiven sowie (3) der stets *scheiternden Totalisierungsversuche* des Diskurses ermöglicht im Übrigen auch Rückschlüsse auf die Position des Subjekts. Da auch ein Subjekt nicht außer-diskursiv erfasst werden kann – sonst könnte es ja Ausgangspunkt einer fixen Struktur sein – kann es, wie alle differentiellen Positionen, nur relational innerhalb einer strukturierten Totalität, also eines Diskurses, in Erscheinung treten. Laclau und Mouffe beziehen sich daher, wenn sie von einem Subjekt sprechen, auf diskursiv verortete „Subjektpositionen“ (vgl. Laclau 1990, 60–61; Laclau/Mouffe 2015, 150). Die Bezeichnung eines Subjekts oder seiner Eigenschaften darf folglich nicht mit einem empirischen Referenten verwechselt werden.

Nach der näheren Bestimmung des Diskursiven und diskursiver Formationen sowie der Verortung des Subjekts im Feld der differentiellen Positionen wird nun das Scheitern der Totalisierung beziehungsweise der Etablierung oder Fixierung von Diskursen näher betrachtet. Um zuvor allerdings ein erstes Zwischenfazit zu ziehen: bisher wurde argumentiert, dass in Ermangelung eines fixen Fundaments alle Objekte stets nur in einem Bedeutungszusammenhang erfasst werden können. Sie treten uns nicht in ihrem Wesen gegenüber, sondern eingebunden in diskursive Bedeutungssysteme, die als strukturierte Totalitäten oder Diskurse bezeichnet wurden. Desweiteren wurde argumentiert, dass Diskurse zwar keine absolute Totalität bilden können (Unmöglichkeit der Fixierung von Bedeutung), jedoch eine unvollständige, strukturierte Totalität bilden müssen (Unmöglichkeit der Beliebigkeit von Bedeutung). Im Folgenden soll nun detaillierter darauf eingegangen werden, warum eine Totalisierung unmöglich ist und wie unter den Bedingungen des Postfundamentalismus trotzdem eine Strukturierung möglich ist. Diese Punkte kommen insbesondere dann zum Tragen, wenn ein postfundamentalistisches Verständnis von politischen Identitäten im Kontext internationaler Politik entwickelt wird.

2.2 Antagonismus und die Unmöglichkeit der Objektivierung

Wie gezeigt wurde, ist es nicht möglich, ein System von Differenzen zu totalisieren und zu einer „genähten“ Totalität zu schließen. Jede Bedeutung und jede Position wird im Rahmen der Logik der Überdeterminierung ständig durch einen Bedeutungsüberschuss untergraben. Dadurch kann kein Objekt endgültig konstituiert werden und jede Positivität und Objektivität ist nur als Metapher möglich (vgl. ebd., 162). Jede Objektivität hat somit eine Grenze, die sie daran hindert, sich zu entfalten. Aus Gründen, auf die später zurückgekommen wird, kann diese Grenze als solche aber nicht bezeichnet oder benannt werden. Sie kann nur „erfahren“ werden – und diese „Erfahrung“ der Grenze aller Objektivität“ (ebd., 158) wird als *Antagonismus* bezeichnet beziehungsweise hat die Form eines Antagonismus (vgl. ebd.). Die Annäherung an diesen Begriff wird dabei in Abgrenzung zu gängigen Vorstellungen von Antagonismen vorgenommen. Laclau und Mouffe greifen dazu auf Colletti zurück, der unter Bezug auf Immanuel Kant Gegensätze in der Form von „Realopposition“ und „Widerspruch“ analysiert (vgl. ebd.). Demnach ist eine Realopposition der Gegensatz zweier positiver Pole, veranschaulicht durch die Darstellung der Formel: $A - B$. Die Pole sind positiv in der Hinsicht, dass sie gänzlich bestimmt und daher auch bestimmbar sind – etwas, dessen Unmöglichkeit für Positionen eines Diskurses in der gesamten bisherigen postfundamentalistischen Argumentation betont wurde. Von *einem* positiven Pol geht die Figur des Widerspruchs aus, wenn sie folgende Form annimmt: $A - \text{nicht } A$. Hier hat A eine volle Präsenz, die als Grundlage der Bestimmung von *nicht A* dient (vgl. ebd., 158–161). Diese beiden Formen von Antagonismus kommen wegen ihres Bezugs auf eine Positivität nicht als Grenze von Objektivität in einem postfundamentalistischen Sinne in Frage. Um Antagonismus in einem postfundamentalistischen System darzustellen, sind sie aber hilfreiche Kontrastfolien, wenn es darum geht, Missverständnisse auszuräumen. Die Form von Antagonismus, die im Folgenden von Relevanz ist, kann aus mittlerweile bekannten Gründen keinen positiven Pol aufweisen, sondern besteht aus reiner Negativität. Es ist genau das Negative, die Verhinderung der positiven Identität, welche die beiden Seiten des Verhältnisses definiert: „Die Präsenz des ‚Anderen‘ hindert mich daran, gänzlich Ich selbst zu sein. Das Verhältnis entsteht nicht aus vollen Totalitäten, sondern aus der Unmöglichkeit ihrer Konstitution“ (ebd., 161). Realopposition und Widerspruch gehen von

etwas Objektivem aus, „Antagonismus hingegen konstituiert die Grenzen jeder Objektivität, die sich als partielle und prekäre *Objektivierung* enthüllt“ (ebd., Herv. i.O.). Hier wird betont, dass Objektivität unmöglich ist, gleichzeitig aber notwendigerweise nach ihr gestrebt wird. Dieser Versuch bleibt stets partiell und prekär und eben bloß ein Versuch, was durch die Ersetzung des statischen Begriffs *Objektivität* durch den den Prozesscharakter betonenden Suffix *-ierung* in *Objektivierung* betont wird. Antagonismus ist also die Grenze der Objektivität und des Sozialen, wobei er weder auf der Seite der scheiternden Objektivierung noch auf der das Scheitern verursachenden Seite lokalisiert ist. Er wird als Grenze nur im Scheitern der vollständigen Objektivierung durch das negative Außen selbst als „Erfahrung“ sichtbar (vgl. ebd., 162). Das Verhältnis des Antagonismus ist „eine Erfahrung des Versagens: Wenn das Subjekt mittels Sprache konstruiert wird, als eine partielle und metaphorische Eingliederung in eine symbolische Ordnung, so muss jede Infragestellung dieser Ordnung notwendigerweise eine Identitätskrise darstellen“ (ebd., 163). Diese Identitätskrise wird verursacht durch die unabwendbare Bedrohung von Identität durch ein negatives Außen, welches verhindert, dass sie sich positiv entfalten und vollends konstituieren kann. Die ontologische Erfahrung des Antagonismus in der Erfahrung der Grenze und ihre durch diese bedrohte Identität wird einen zentralen Ausgangspunkt darstellen, wenn die Konstituierung ontischer Identitäten untersucht wird.

Es wurde gezeigt, dass es es sich bei einem antagonistischen Verhältnis weder um eine Realopposition, noch um einen Widerspruch handeln kann, da beide auf die positive Existenz, die Objektivität eines ihrer Teile angewiesen sind. Da eine solche aber offensichtlich ausgeschlossen werden muss, stellt sich die Frage, wie sich das, dessen Grenze als Antagonismus erfahren wird, konstituiert. Da es keine *positive Identität* geben kann, kann Identität nur durch ihre Verhinderung definiert werden. Doch wie entsteht eine solche nicht-positive, letztlich verhinderte Identität? Dies wird durch die Begriffe der *Differenz* und der *Äquivalenz* verständlicher. Diskursive Formationen sind Systeme relational angeordneter Differenzen – ein positives, außerdiskursives Fundament, das als Anker für eine Identität dienen könnte, existiert nicht. Daher kann sich Identität nur dadurch formen, dass sich die Differenzen innerhalb einer diskursiven Formation gemeinsam auf etwas beziehen, das sie alle nicht sind – auf etwas ihnen Äußerliches (vgl. ebd., 164). Die Dif-

ferenzen werden dadurch in dieser Hinsicht *äquivalent*. Das Äußere, das als Bezugspunkt dient, kann ebenfalls keine positive Objektivität besitzen, sondern nur eine relationale Position sein. Denn so, wie sich Differenzen nur in Relation zueinander bestimmen, können sich auch Ketten äquivalenter Differenzen, die als *Äquivalenzketten* bezeichnet werden, nur relational konstituieren (vgl. ebd., 164–165).

Doch weder völlige Äquivalenz noch völlige Differenz sind möglich. Äquivalenz kann es nur geben, wenn Positionen differentiell sind, denn gleiche Positionen sind nicht äquivalent, sondern identisch (vgl. ebd., 165) – eine Möglichkeit, die hier bereits mehrfach ausgeschlossen wurde. Folglich müssen äquivalente Positionen in einer Äquivalenzkette also stets den Rest einer Differenz behalten. Dadurch wird ihre Identität immerzu untergraben: Sie kann sich nicht voll entfalten, sondern bleibt immer ein Äquivalenzverhältnis.

Da jede differentielle Position nur in einem diskursiven Zusammenhang auftreten kann, ist sie als Moment einer diskursiven Formation stets bereits von Äquivalenz affiziert und tritt nicht als reine Differenz auf. Sie kann aber auch nicht zu reiner Äquivalenz werden, da damit wegen der Auslöschung jeder Differenz durch den Antagonismus eine unveränderliche Zweiteilung des diskursiven Raumes stattfinden würde. Dadurch ließe aber reine *Negativität* jede Objektivität und sogar jeden Ansatz einer Objektivierung unmöglich werden (vgl. ebd., 165–166). Da also weder Objektivität noch Negativität in Reinform möglich sind, existieren sie nur in „wechselseitige(r) Subversion“ (ebd., 165). Um einen Rückbezug auf die konstatierte Unmöglichkeit von Gesellschaft herzustellen, kann im Sinne des Wechselspiels von Objektivität und sie untergrabendem Antagonismus hinzugefügt werden: „Wenn Gesellschaft nicht gänzlich möglich ist, so ist sie auch nicht gänzlich unmöglich“ (ebd., 166).

Es muss betont werden, dass Antagonismus als Negativität nicht einfach eine weitere differentielle Position einnimmt, sondern gewissermaßen als Bedrohung von Objektivität existiert. Als solche kann er an vielen Stellen auftauchen und ist potenziell in jeder differenziellen Position gegeben, denn „jede Position in einem System von Differenzen kann, *sofern sie negiert wird*, der Ort eines Antagonismus werden“ (ebd., 167, Herv. CR). Es hängt von der Stabilität der diskursiven Formation ab, an wie vielen und an welchen Orten Antagonismus als die Erfahrung der Grenze des Systems stark genug wird. Indem die Verhinderung des Versuchs der Objektivierung von Identität offensichtlich wird, verändern sich die Identitäten von

Positionen und damit die Konfiguration von Äquivalenzketten. Je weniger stabil ein System ist, desto zahlreicher die Orte des Antagonismus und desto uneinheitlicher die Identitäten und Äquivalenzketten (vgl. ebd., 167–168). Identitäten und Äquivalenzketten sind also immer kontingent und in ihrer Ausgestaltung von der Konfiguration konkreter diskursiver Formationen abhängig. Sie lassen sich nicht aus einem fundamentalen Prinzip ableiten. Es lässt sich bereits erahnen, welche Implikationen dieses ontologische Argument später für ein postfundamentalistisches Konzept internationaler Politik haben wird.

Um ein zweites Zwischenfazit zu ziehen: Es wurde nun gezeigt, dass es die wechselseitige Subversion der Logik der Differenz und der Logik der Äquivalenz ist, welche die völlige Schließung von Diskursen verunmöglicht und als Antagonismus in der Erfahrung der Grenze der Positivität auftritt. Im Folgenden soll daher geklärt werden, auf welche Weise es trotzdem gelingt (und gelingen muss), eine partielle Fixierung eines Diskurses zu erreichen. Dafür werden nun die Konzepte des leeren Signifikanten und der Hegemonie beziehungsweise der hegemonialen Praktik eingeführt.

2.3 Die Möglichkeit der Stabilisierung – Leere Signifikanten und Hegemonie

Für die Frage der (vorläufigen und stets partiell bleibenden) Fixierung von diskursiven Formationen sind das Konzept der *leeren Signifikanten* und der auf Antonio Gramsci zurückgehende Begriff der *Hegemonie* (vgl. Laclau 2014, 6–7) von zentraler Bedeutung: Im Zuge der Konstitution leerer Signifikanten wird die Differenz der Positionen so weit zurückgedrängt, dass ihre Äquivalenz gegenüber einem Außen groß genug wird, um ein System zu stabilisieren und eine (prekäre) Totalität zu bilden. Eine hegemoniale Artikulation ist die Operation, die diesen leeren Signifikanten zu universalisieren versucht.

Auf de Saussure zurückgreifend stellt Laclau in *Emanzipation und Differenz* in Bezug auf Sprache fest, was sich allgemein auf diskursive Formationen anwenden lässt: Wegen der Relationalität der differentiellen Positionen – also, weil die Differenzen in einem Verhältnis zueinander angeordnet sind und nicht in einem Punkt

fixiert – ist in jede Artikulation das gesamte Bedeutungssystem eingebunden. Eine partielle Totalisierung des Systems, also seine Stabilisierung, ist folglich die Voraussetzung von Artikulation – die Bedingung ihrer Möglichkeit (vgl. Laclau 2013, 66). So ergibt beispielsweise ein Wort, das geäußert wird, nur im Kontext einer Sprache als (relativ) geschlossener Totalität, also in Relation zu anderen Differenzen (hier: Wörtern) desselben Systems, einen Sinn. Ohne diese Bezugnahme auf das System einer Sprache ist ein Wort nur eine Folge von Lauten ohne jede Bedeutung. Analog dazu erhalten alle Begriffe nur im Kontext von strukturierten diskursiven Formationen eine konkrete Bedeutung.

Wenn also das gesamte System und seine relative Geschlossenheit von Bedeutung sind, bleibt die Frage, wie diese Geschlossenheit zustande kommt. Die grundlegendste Voraussetzung dafür ist die Existenz einer Grenze, die das System von etwas unterscheidet, das nicht zum System gehört und somit die Schließung vollzieht (vgl. ebd.). Wie bereits festgestellt wurde, kann es sich dabei weder um eine positiv bestimmbare Grenze handeln noch um eine Grenze, die als differentielle Position gegeben ist (vgl. ebd., 69). Die Grenze ist nur als Antagonismus vorstellbar, als Negativität, welche die Objektivierung untergräbt – als Außen, das die volle Konstituierung einer Identität verhindert (vgl. ebd., 67). Insofern das „Außen“ immer die Entfaltung des „Innen“ (der Identität) verhindert, bleibt es stets ausgeschlossen und kann nicht Teil des Systems werden. Doch wie kann ein solcher radikaler Ausschluss, der eben nicht eine weitere Differenz darstellt, bezeichnet werden? Könnte seine Bezeichnung direkt erfolgen, wäre er Teil des Systems. Folglich kann er nicht bezeichnet, sondern nur durch die „Subversion des Bezeichnungsprozesses“ (ebd., 69) dargestellt werden. Dies erfolgt dadurch, dass alle Positionen des Systems in ein Äquivalenzverhältnis eintreten, das beinahe jede Differenz auslöscht. Jede Position entleert sich fast vollständig ihrer Bedeutung (verliert beinahe ihre Differenzialität) und tritt mit allen anderen Positionen des Systems hinsichtlich *einer* Position in dasselbe Verhältnis (erlangt beinahe völlige Äquivalenz). Diese eine Position hat selbst keine eigene, positive Bedeutung, sondern dient nur dazu, das System zu stabilisieren (vgl. ebd., 69-70, 73). Es ist also ein „Signifikant ohne Signifikat“ (ebd., 65), der jeder Bedeutung entleert ist – ein *leerer Signifikant*. Seine Funktion ist es, „das reine Sein des Systems zu repräsentieren – oder vielmehr das System als reines Sein“ (ebd., 69).

Die partielle Fixierung des Systems (des Diskurses) ist somit durch die Relationalität der Positionen zueinander (Logik der Differenz) einerseits und zu einem leeren Signifikanten andererseits gegeben, der die unmögliche Totalität des Systems symbolisiert (Logik der Äquivalenz). Um im oben angeführten Beispiel von Sprache zu bleiben: Signifikanten wie „Baum“, „Haus“ oder „Stein“ sind außer ihrer *differentiellen* Bedeutung, die jeweils auf ein bestimmtes Signifikat deutet, dahin gehend *äquivalent*, dass sie zur selben Sprache, also zum gleichen System gehören. In der Dimension der Differenz bezeichnet „Baum“ das, was als Baum verstanden wird, in Relation zu allem, was nicht als Baum verstanden wird. In der Dimension der Äquivalenz ist „Baum“ ein deutsches Wort – wie auch „Haus“ oder „Stein“. Sinn erhalten die Signifikanten nur dadurch, dass sie alle Teil des Systems der „deutschen Sprache“ sind – außerhalb dessen haben sie keine eigene Bedeutung. Der Signifikant der „deutschen Sprache“ hat wiederum (für dieses System) keine weitere Funktion, als seine Totalität zu gewährleisten (in einem anderen Bedeutungszusammenhang, also Diskurs, könnte er aber durchaus eine andere Bedeutung erhalten).

Übertragen auf politische Identität kann mit Laclau gesagt werden, dass sich eine solche Identität konstituiert, indem sich partikulare politische Positionen (Differenzen) gegenüber einer Bedrohung ihrer partikularen Identitäten (Negativität, Außen) formieren, indem die Gemeinsamkeit gegenüber der Negativität in den Vordergrund tritt (Äquivalenz) (vgl. ebd., 39). Insofern weder die differentiellen Positionen noch der leere Signifikant positiv bestimmbar sind und durch die Logik der Überdeterminierung und die permanente Subversion von Differenz und Äquivalenz untergraben werden, kann es sich stets nur um strukturierte, vorläufige und prekäre Identitäten handeln. Sie können keine vollständige Positivität und keinen positiven Grund oder Ausgangspunkt besitzen. Ein Diskurs als System oder strukturierte Totalität ist also durch die Relationalität seiner Positionen und ihrer Äquivalenz bezüglich eines leeren Signifikanten fixiert, der einen Versuch der Schließung und Totalisierung gegenüber der Bedrohung der Negativität darstellt. Er konstituiert sich wegen der Logik der Äquivalenz durch den Ausschluss all dessen, was sich nicht in die Kette der Äquivalenzen einreicht – durch ein antagonistisches Verhältnis als rein negative Bestimmung. Folglich gilt, dass über diese ontologische Funktion von leeren Signifikanten hinaus, erstens, nichts weiter über ihren kontingenten Inhalt (ihre „Bedeutung“) gesagt werden kann und, zweitens, dass der jeweilige kon-

tingente Inhalt stets Gefahr läuft, in seiner Bedeutung untergraben zu werden (vgl. ebd., 40, 70). Denn eine vollständige Realisierung oder Universalisierung eines Inhalts ist ausgeschlossen – sie kann immer nur vorübergehend wirken: „Die Kluft zwischen dem Universellen und dem Partikularen ist unüberbrückbar – was darauf hinausläuft zu sagen, dass das Universelle nichts anderes ist als ein zu einem bestimmten Zeitpunkt dominant gewordenes Partikulares“ (ebd., 52). Der Versuch der Überwindung dieser Kluft durch die Verallgemeinerung eines bestimmten Inhalts mittels eines leeren Signifikanten ist das, was Laclau „hegemonisieren“ (vgl. ebd., 76) oder eine „hegemoniale Praktik“ nennt (vgl. ebd., 215). Dementsprechend versteht er „unter ‚Hegemonie‘ ein Verhältnis, in dem ein partikularer Inhalt in einem bestimmten Kontext die Funktion übernimmt, eine abwesende Fülle zu inkarnieren“ (ebd., 214). Mit der abschließenden Einführung von Hegemonie als zentralem Begriff der von Laclau als „main framework of political analysis“ (Laclau 2000, x; im Vorwort zu Howarth et al. 2000) bezeichneten Hegemonietheorie wird nun dazu übergegangen, Folgerungen für die internationale Politik von einer postfundamentalistischen Ontologie abzuleiten.

3 Eine postfundamentalistische Theorie internationaler Politik

Nach der grundlegenden Darstellung einer postfundamentalistischen Ontologie, wird in diesem Kapitel nun ein darauf aufbauendes postfundamentalistisches Verständnis internationaler Politik herausgearbeitet. Im Zuge dessen soll untersucht werden, ob sich internationale Politik von ihrem Wesen her von anderen Bereichen oder Sphären von Politik unterscheidet. In diesem Fall könnte eine Definition des Begriffs über eine klare Abgrenzung anhand solcher Kriterien erfolgen. Das bisher gesagte deutet aber darauf hin, dass im Rahmen einer postfundamentalistischen Theorie, die auf der oben dargelegten Ontologie aufbaut, eine Unterscheidung zwischen internationaler Politik und anderen ‚Sphären‘ wie beispielsweise Internationaler Ökonomie im Sinne internationaler Wirtschaftsbeziehungen nicht grundlegend, also ontologisch, getroffen werden kann. Dieser Aspekt des Begriffs der internationalen Politik, der auf die Dimension der *Politik* abzielt, wird im folgenden Abschnitt untersucht. Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird dann der Fokus auf den Aspekt des *Internationalen* gelenkt und auf die Frage, ob eine spezifische Ebene des Internationalen eine Grundlage für einen postfundamentalistischen Begriff internationaler Politik bieten kann. Im dritten und letzten Abschnitt wird betrachtet, ob eine Annäherung an einen solchen Begriff über die Artikulation ‚internationaler Politik‘ im Rahmen unterschiedlicher Diskurse erfolgen kann.

3.1 Der Begriff der *Politik* unter der Bedingung des Politischen

Der erste Schritt bei der Entwicklung eines postfundamentalistischen Begriffs internationaler Politik ist die Frage nach dem Verständnis von Politik selbst. Aufbauend auf Laclau und Mouffe wird mit Marchart ‚das Politische‘ als ontologische Dimension des Antagonismus herausgearbeitet, welche die Voraussetzung für ontische Politik darstellt. Darauf aufbauend wird dann gefolgert, dass im Rahmen einer Ontologie des Politischen (vgl. Marchart 2018b) unter der Bedingung radikaler Kontingenz das Soziale nicht *a priori* unterteilt werden kann in Bereiche wie Ökonomie, Gesellschaft oder eben Politik – was wiederum für den Begriff internationa-

ler Politik Folgen hat. Doch ausgegangen wird von den Konsequenzen, die Marchart aus Laclaus und Mouffes Argumentation zieht.

3.1.1 Von einer *politischen Ontologie* zu einer *Ontologie des Politischen*

Mit Marchart kann argumentiert werden, dass das Besondere der Laclau'schen Theorie in ihrer Reichweite und ihrem Geltungsbereich liegt. So kann sie im Sinne Laclaus auf Politik und die Erzeugung politischer Bedeutung bezogen werden, während sie zugleich aber auch sehr viel grundlegender als politische Theorie über die Entstehungsweise von Bedeutung gelesen werden kann (vgl. Marchart 2010, 213). Einerseits kann diese Diskurs- und Hegemonietheorie als Theorie über die Erzeugung *politischer Bedeutung* (vgl. ebd.) verstanden werden: Aufgrund der Unmöglichkeit positiver Objektivität, kann unter den Bedingungen eines von Antagonismus durchzogenen diskursiven Feldes jede politische Bedeutung nur als hegemonial fixiert verstanden werden. Doch insofern Laclau das Argument allgemein auf Differenzsysteme bezieht und mit Verweis auf Saussure „Sprache (und in Verlängerung: alle Signifikationssysteme) ein System von Differenzen ist“ (Laclau 2013, 66), kann der Geltungsbereich von Laclaus Konzept andererseits auf die gesamte Bedeutungsproduktion ausgedehnt werden, denn mit Marchart kann dann festgestellt werden: „[...] Laclau entwickelt tatsächlich ein quasi-transzendentes Argument bezüglich der Möglichkeit von Signifikation als solcher“ (Marchart 2010, 213). Da die Möglichkeit von Signifikation, wie gezeigt wurde, von Antagonismus abhängig ist und insofern „dieses Argument selbst wiederum von Laclau politisiert wird, begegnet uns darin nicht nur eine Theorie *politischer Signifikation*, sondern eine *politische Theorie* von Signifikation“ (ebd., Herv. i.O.). Diese Explizierung und Radikalisierung des in Laclaus Theorie angelegten quasi-transzendentalen Arguments hat Konsequenzen für seine Reichweite, die folglich auch über die Produktion von Signifikation hinausgehen muss: „Da es keine soziale Realität jenseits von Bedeutung und außerhalb von Signifikationsprozessen gibt, läuft eine allgemeine Signifikationstheorie auf eine Theorie *der Konstitution des Seins in seiner Gesamtheit* und also auf eine Ontologie hinaus“ (ebd., 214, Herv. i.O.). Diese bei Laclau angelegte Ontologie ist eine *politische* Ontologie, da sie von der Dimension des Antagonismus affiziert ist, denn „[w]enn Antagonismus für die Konstruktion oder vorübergehende Stabilisierung aller Bedeutung notwen-

dig ist, und Antagonismus zugleich ein Name des Politischen ist, dann ist *alle* Bedeutung im Kern politisch“ (ebd., Herv. i.O.).

Marchart selbst geht noch über diese politische Ontologie hinaus. Er betont die radikale Negativität des Antagonismus, die in der Differenz zwischen Politik und dem Politischen beziehungsweise zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen erfahrbar wird und spricht infolgedessen von einer Ontologie des Politischen (vgl. Marchart 2018b, 10, 26). Mit dieser Entwicklung der Argumentation treten zwei Begriffe auf, die für eine postfundamentalistische Theorie der Internationalen Beziehungen von zentraler Bedeutung sind: Der erste ist der Begriff der *Ontologie*, dem noch jener der Ontik hinzuzufügen beziehungsweise gegenüberzustellen ist. Der zweite Begriff ist der im letzten Zitat mit Antagonismus gleichgesetzte Begriff des *Politischen*, der wiederum in seinem Verhältnis zum Begriff der Politik von Bedeutung sein wird. Der Kontext dieser Begriffe und ihres Verhältnisses ist eine Politisierung von Sprache im Lauf der letzten Jahrhunderte, die letztlich die Kontingenz der Begriffe, beziehungsweise von Begriffen generell, sichtbar gemacht habe (vgl. Marchart 2010, 52–3). Die mit der Erfahrung dieser Politisierung einhergehende Destabilisierung von Gewissheiten hatte und hat zur Folge, dass die Kontingenz, die sich über die Begriffe auf alle Bereiche ausdehnte, auf unterschiedliche Weisen gedacht wurde. Durch die Erfahrung der Kontingenz hatte sich im politischen Denken ein Raum eröffnet, der vom Begriff der Politik alleine nicht mehr ausgefüllt werden konnte (vgl. ebd., 53–4). Das Abhandenkommen transzendentaler gesellschaftlicher Fundamente, die auch der Politik als Ausgangspunkt gedient hatten, bedingt die Notwendigkeit, die Dimension der Gründung auf eine Weise zu fassen, die der Bedingung der Kontingenz Rechnung trägt (vgl. ebd., 27). Nichts Geringeres hat das Konzept des Politischen durch seine Differenzierung von dem der Politik in postfundamentalistischen Theorien zu leisten. Der Begriff oder seine genaue Definition sind dabei gegenüber der Position, die er im Verhältnis zum Begriff der Politik einnimmt „von sekundärer Bedeutung, verglichen mit dem Faktum der Differenz selbst: der Notwendigkeit, eine solche Differenz überhaupt in das politische Denken einzuführen“ (ebd.). Zahlreiche postfundamentalistische Ansätze beziehen sich direkt auf den Begriff des Politischen, während andere Ansätze andere Bezeichnungen verwenden, um mit Kontingenz, die letztlich zentral für postfundamentalistische Theorien ist, umzugehen⁷. So wird

7 Zu einer Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Zugängen siehe Marchart *Die politische Differenz: zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben* (vgl.

jeweils auf unterschiedliche Weise versucht, mit der durch die Kontingenz sichtbar gewordene Differenz zwischen dem, was als *Politik* bezeichnet wird und der Dimension des *Politischen*, die ihr zugrunde liegt, umzugehen. Doch was ist mit dieser Differenz gemeint? Es kann vorweggenommen werden, dass es sich nicht bloß um eine weitere Differenz innerhalb eines relationalen Systems von Differenzen handelt, sondern um eine sehr viel fundamentalere Differenz, die in mehrerlei Hinsicht sowohl für den Begriff der Politik im Kontext der internationalen Politik als auch, infolgedessen, für die Konstitution politischer Identitäten zentral ist.

Die Einführung des Begriffs des Politischen hängt also laut Marchart damit zusammen, dass eine zunehmende Politisierung der Begriffe – und damit von Sprache in ihrer Gesamtheit – zur Folge hatte, dass Gewissheiten und Fundamente ihre Überzeugungskraft in gleichem Maße einbüßten, in dem ihre Kontingenz sichtbar wurde (vgl. ebd., 51–55). Kann die Grundlage von Politik also nicht (mehr) in der Erreichung eines transzendentalen Ziels gesehen werden, drängt sich die Frage auf, wieso oder wie Politik überhaupt möglich oder sogar notwendig ist. Es wird aber auch klar, dass die Gründe dafür nicht von derselben Ordnung sein können, wie die Politik selbst, denn „(w)ill man sowohl eine Pluralität kontingenter Gründe, die ‚empirisch‘ – wenn auch immer nur temporär – das Soziale gründen, als auch die Unmöglichkeit einer letzten Gründung des Sozialen postulieren, so folgt, dass diese letztgenannte Unmöglichkeit nicht von derselben Ordnung sein kann wie die empirischen Gründe in ihrer Pluralität“ (ebd., 64). Wären sie von ‚derselben Ordnung‘, wären Politik und das Politische nur einfache differentielle Positionen in einem relationalen System. Die Differenz von Politik und dem Politischen ist aber eine tiefergehende – eine *radikale* Differenz (vgl. ebd., 58). Wie Marchart bemerkt, steht diese *politische Differenz* von Politischem und Politik in Analogie zur *ontologischen Differenz* von Sein und Seiendem im Sinne Martin Heideggers – ein Umstand, der für Marchart mit dem Einfluss Heideggers auf das „französische Denken“, in dessen Tradition Laclau verortet wird, in Zusammenhang steht (vgl. ebd., 18–9). Die Politik ist dabei auf der *ontischen* Ebene des Seienden verortet, wogegen das Politische in der *ontologischen* Dimension des Seins wirkt, die gewissermaßen die Bedingungen der Möglichkeit des Seienden umfasst (vgl. ebd., 25). Das Wirken von Antagonismus (also des *Politischen*) in der *ontologischen* Dimension, das die Schließung von Differenzsystemen (Diskursen) zu Totalitäten permanent untergräbt, während es zugleich Versuche der Schließung unbedingt erfor-

Marchart 2010).

dert, ist demnach der Grund, warum *Politik* auf der *ontischen* Ebene zugleich *möglich* und *notwendig* ist. Damit wird auch deutlich, was Marchart meint, wenn er schreibt, der Begriff des Politischen habe unter der sichtbar gewordenen Kontingenz der Fundamente der Gesellschaft die Aufgabe, „auf die ‚ontologische‘ Dimension, die Dimension der Institution/Destitution von Gesellschaft zu verweisen, während Politik als Begriff für die ‚ontischen‘ Praktiken konventioneller Politik beibehalten wurde: die partikularen und in letzter Instanz erfolglosen Versuche, Gesellschaft zu gründen“ (ebd., 56). Es handelt sich bei der politischen Differenz also (anstatt um eine *einfache*) vielmehr um eine *radikale* Differenz (vgl. ebd., 58) zwischen Politik auf der ontischen Ebene des Seienden und dem Politischen als ontologische Bedingung ihrer Möglichkeit (vgl. ebd., 18–19). Politik ist demnach, etwas vereinfacht ausgedrückt, „das Ensemble von Praktiken, Diskursen und Institutionen, die eine bestimmte Ordnung zu etablieren versuchen und menschliche Ko-Existenz unter Bedingungen organisieren, die immer potentiell konfliktorisch sind, da sie von der Dimension ‚des Politischen‘ affiziert werden“ (Mouffe 2018a, 102–3). Das Politische ist dagegen der Antagonismus, der eine vollständige Etablierung oder Schließung dieser Ordnung verhindert. Diese Verunmöglichung der Etablierung einer *absoluten* Ordnung durch das Politische geht einher mit der Notwendigkeit der Bildung partieller, *kontingenter* Ordnungen (vgl. Marchart 2010, 16–17). Insofern ist sie die Voraussetzung dafür, dass so etwas wie Politik oder politische Praktiken überhaupt möglich sind – aber eben nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Die radikale Differenz der Konzepte des Politischen und der Politik ist also durch die Trennung der ontologischen von der ontischen Ebene bestimmt. Trotzdem bleiben sie gleichzeitig, wie Marchart mit Heidegger bezüglich der ontologischen Differenz betont, „notwendig aufeinander verwiesen“ (ebd., 26). Die unüberwindbare Trennung ist, wie überhaupt die Einführung des Begriffs des Politischen und damit die Etablierung der Differenz als solcher, die Folge der Abwesenheit einer Letztbegründung (vgl. ebd., 72). Gäbe es ein transzendentes Fundament, könnten die Verfassung und Funktionsweise von sozialer Bedeutung, Gesellschaft und auch Politik auf dieses zurückgeführt werden. Das Soziale wäre, wie oben argumentiert wurde, durch das Fundament vermittelt und determiniert. Unter der Bedingung des Antagonismus aber, wie sie von Laclau und Mouffe konstatiert wird, wird jede Bedeutung – und infolgedessen jedes Bedeutungssystem – zumindest potenziell dis-

loziert (vgl. ebd., 190–194). Dadurch wird die Existenz eines transzendentalen Grundes unmöglich, wodurch die Verbindung von Politik zu einem solchen Fundament gelöst wird. Das zeigt sich dadurch, dass die Möglichkeitsbedingung von Politik (das Politische) nicht auf derselben (ontischen) Ebene angesiedelt sein kann, wie die Politik selbst.

Wie ebenfalls mit Laclau und Mouffe argumentiert wurde, ist Antagonismus nicht nur dasjenige, das die Schließung von Systemen zu Totalitäten verhindert. Er ist gleichzeitig auch die Bedingung der Möglichkeit ihrer partiellen, vorläufigen und prekären Strukturierung. Auf diese Weise verunmöglicht Antagonismus die Existenz oder Herausbildung eines transzendentalen Grundes, ermöglicht aber gleichzeitig die Existenz partieller Gründungen (vgl. ebd., 17, 27). Mehr noch: Antagonismus zieht partielle Gründungen notwendigerweise nach sich, da außer totaler Fixierung auch absolute Beliebigkeit unmöglich ist. Somit kann festgehalten werden, dass „das Politische sowohl das disruptive Moment der Dislozierung des Sozialen als auch das gründende Moment der Instituierung des Sozialen gegenüber einem radikalen Außen markiert“ (ebd., 46).

Dem in der ontologischen Dimension angesiedelten Politischen steht also Politik gegenüber, die auf der ontischen Ebene versucht, unter den Bedingungen des Politischen eine konkrete Ordnung zu etablieren (vgl. ebd., 56; Mouffe 2018a, 102–3). Unter der Bedingung der Abwesenheit eines letzten, ontologischen Grundes, können derartige partielle Strukturierungsversuche nur auf der ontischen Ebene stattfinden. Fundamente werden dementsprechend nicht *per se* verabschiedet, sondern ihr Status erfährt eine ontologische „Schwächung“ (Marchart 2010, 21, 62): Es gibt nicht mehr ein Fundament, das *ontologisch* begründet wäre, sondern eine Pluralität konkurrierender *ontischer* Gründungsversuche in der Form hegemonialer Praktiken. Sowohl die Möglichkeit der Pluralität von Gründungen als auch der Begriff der Gründungen beziehungsweise Gründungsversuche (jeweils unter der Betonung des Prozesshaften) statt jenem des (statischen) Grundes sind eine Folge seiner ontologischen Schwächung (vgl. ebd., 74). Dabei ist die Pluralität der Gründungsversuche keine empirische Diagnose, sondern eine notwendige ontologische Konsequenz von Antagonismus, aufgrund dessen es weder eine letztinstanzliche Fixierung noch ein transzendentes Prinzip geben kann, das für eine Vereinheitlichung sorgen könnte (vgl. ebd., 66). Aus demselben Grund ist es auch

nicht möglich, Aussagen über die Inhalte und Ziele ontischer Gründungsversuche – und damit letztlich von Politik beziehungsweise hegemonialer Praktiken – von der ontologischen Dimension abzuleiten. Denn Gründungsversuche, Gründungen oder auch Gründe sind radikal *kontingent* (vgl. ebd., 77–81).

Kontingenz bedeutet üblicherweise (oder nach Marchart: in einem „schwachen“ Sinn (vgl. ebd., 78)), dass eine gegebene Verfasstheit auch anders geartet sein könnte. Sie meint „Umstände, die weder unmöglich noch notwendig sind und sich folglich auch anders verhalten könnten“ (ebd.). Ein *radikaler* Kontingenzbegriff betont darüber hinaus, dass Kontingenz „*notwendigerweise* auf *alle* Umstände zutrifft“ (ebd., Herv. i.O.). Wenn alle Gründungsversuche *radikal* kontingent sind, ist damit gemeint, dass einerseits kein Gründungsversuch *notwendigerweise* auf die Weise artikuliert ist, wie das der Fall ist. Die konkrete Ausgestaltung ist also nicht ontologisch begründet oder begründbar, sondern eine Folge ontischer Praktiken, also eine Folge von Politik. Andererseits betont radikale Kontingenz auch, dass keine ontische Ausgestaltung *a priori* unmöglich ist. Was allerdings durch eine Radikalisierung des Kontingenzbegriffs ausdrücklich ausgeschlossen wird, ist die Konstitution eines Grundes, einer Identität oder einer anderen Totalität, die selbst nicht kontingent wäre (vgl. ebd.). Radikale Kontingenz geht also mit Antagonismus einher und ist eine Form, die postfundamentalistische Anwesenheit des Grundes in seiner Abwesenheit zu denken: alle Gründungen sind *radikal kontingent* und daher nur „politisch“ möglich – *alle* Gründungen sind radikal kontingent und politische Gründungen daher notwendig.

3.1.2 Politik und internationale *Politik*

Es wurde mit Marchart gezeigt, dass der hier behandelte postfundamentalistische Zugang nicht ‚bloß‘ eine Theorie über die politische Produktion von Bedeutung ist, sondern vielmehr eine politische Ontologie – oder gar eine Ontologie des Politischen (vgl. Marchart 2018b, 26). Dabei ist das Politische (oder: Antagonismus) jene Dimension, die jede Objektivität, jedes Fundament untergräbt. Diese Unmöglichkeit ontologischer Gründung macht im Sinne radikaler Kontingenz ontische Gründungsversuche notwendig, die als *Politik* in der Form hegemonialer Artikulationen oder Praktiken stattfinden. Wie in der Argumentation deutlich wird, ist ein solcher Begriff der Politik durch die Politische Dimension gewissermaßen inhaltlich entleert – oder anders: in seinem Inhalt kontingent. Politik kann daher in

diesem Sinn auch nicht inhaltlich beschränkt sein auf eine Sphäre der Gesellschaft – etwa neben der Ökonomie – oder einem vermeintlichen Wesen nach an einer Ebene festgemacht werden. So verhält es sich auch mit internationaler Politik. Eine Unterteilung in beispielsweise ‚nationale‘ Politik in einem (sub-)staatlichen Kontext gegenüber ‚internationaler‘ Politik im Rahmen eines internationalen Systems ist aus Sicht eines solchen postfundamentalistischen Politikverständnisses nicht sinnvoll. Im Sinne des oben vorgestellten Begriffs der Hegemonie ist es vielmehr so, dass „die *politische Logik* der Verallgemeinerung einer partikularen Position zu einem universalen Horizont letztlich jeder hegemonialen Artikulation – unabhängig von ihrer Verortung im Sozialen – zugrunde liegt“ (Marchart 2013a, 101, Herv. i.O.). Um diese Eigenheit dieser politischen Logik gegenüber weniger umfassenden Politikbegriffen zu betonen, schlägt Marchart vor, „diese das gesamte soziale Terrain umfassende Logik von Politik als *integrale Politik* zu bezeichnen“ (ebd., Herv. CR).

Die Erkenntnis, dass Politik auf diese umfassende Weise zu verstehen ist, zieht allerdings nicht eine völlige Ablehnung weiterer Unterscheidungen in bspw. internationale oder andere Politik nach sich. Vielmehr muss für eine derartige Unterteilung in ‚gesellschaftliche Sphären‘ oder ‚Ebenen von Politik‘ gelten, was Marchart mit Laclau und Mouffe exemplarisch für die Trennung der Bereiche des Ökonomischen und des Politischen feststellt:

Wo eine solche Trennung gemacht werden soll, kann man sich auf keine apriorisch gegebenen Merkmale der jeweiligen Sphäre berufen. Dies scheint mir die für Gesellschaftsanalyse entscheidende Schlussfolgerung nahezulegen, dass nur aus analytischen Gründen *dieselben Strukturen* jeweils als ökonomische oder *a/s* politische perspektivierbar sind. Je nach Erkenntnisinteresse wird die Analyse einer hegemonialen Formation dabei stärker auf deren ökonomische oder auf deren politische Artikulationen abheben. (ebd., 98, Herv. i.O.)

Differenzierungen, Unterscheidungen oder Kategorisierungen einer als umfassend verstandenen, integralen Politik können also nicht in einer ontologischen, vordiskursiven Dimension erfolgen, sondern stets nur als diskursive Unterscheidung im Ontischen. Für den Bereich der (I)nternationalen Politik lässt sich daraus folgern, dass sowohl der Gegenstand der internationalen Politik als auch die sich mit ihr auseinandersetzende Disziplin diskursiv geformt, kontingent und historisch-

kulturell kontextualisiert sind. Damit, dass Politik als eine nach einer Ordnung strebende Praxis im Ontischen stattfindet, geht einher, dass es nicht möglich ist, von der ontologischen Dimension Rückschlüsse auf ontische Politik zu ziehen. Im Sinne radikaler Kontingenz ist es aufgrund dieser ontologischen Differenz aber gleichzeitig notwendig, dass Politik ontisch stattfindet (vgl. Marchart 2010, 253).

Aus der Unmöglichkeit der ontologischen Rückbindung bei gleichzeitiger Notwendigkeit der ontischen Artikulation folgt: Wenn außer ihrer Funktionslogik nichts über die ontische Praxis der Politik (im umfassenden Sinn) aus der ontologischen Dimension abgeleitet werden kann, bedeutet das, dass ihr jeweiliges Strukturierungsprinzip kontingent ist. Dabei ist hier mit Strukturierungsprinzip der Inhalt oder die Ausrichtung einer politischen Artikulation gemeint, die einen Diskurs zu etablieren versucht. Während Politik kontingent, historisch und diskursiv kontextualisiert bleibt, stellt die Funktionslogik des Politischen gewissermaßen eine Konstante dar, welche die ontischen Gründungs- und Strukturierungsversuche stets untergräbt, Versuche der Schließung aber notwendig macht. Wenngleich also nichts *a priori* über den Inhalt oder das Strukturierungsprinzip einer konkreten politischen Artikulation gesagt werden kann (vgl. ebd., 247), findet Politik doch stets als Versuch der Schließung und der Instituierung statt (vgl. Laclau 2014, 7; Marchart 2010, 56; Mouffe 2018a, 102–103).

Genau dieser Punkt stellt einen Kernaspekt für ein postfundamentalistisches Verständnis internationaler Politik dar und bietet gleichzeitig einen Anknüpfungspunkt für eine (politik-)wissenschaftliche Analyse derselben. Obwohl es sich bei *internationaler Politik* aus Sicht einer Ontologie des Politischen nicht um eine Politikform *sui generis* handeln kann, kann sie doch in konkreten ontischen Diskursen eine Rolle spielen und damit konkrete, materielle Folgen zeitigen. Außerdem impliziert das Moment radikaler Kontingenz, dass eine Differenzierung von Politik – wenn sie schon nicht ontologischer Natur sein kann – jedenfalls im Ontischen möglich ist (wie auch im übernächsten Abschnitt zu sehen sein wird). Die Bedingung des Politischen und ihre Folgen für den Begriff der *Politik* eröffnet von neuem die Frage nach einem Unterscheidungsmerkmal oder Spezifikum internationaler Politik – jedoch nun in einem anderen Rahmen: Nachdem die Frage nach dem Politikbegriff nun grundlegend geklärt ist, lässt sich ein solches Spezifikum, wenn überhaupt, nur im Ontischen finden. Die Frage nach einem postfundamentalistischen Verständnis des Konzepts der *Internationalität*, die im Folgenden untersucht werden

soll, zielt daher auf ein Spezifikum in Form der angesprochenen ontischen Strukturierungsprinzipien.

3.2 Das *Internationale* im Kontext radikaler Kontingenz

In Hinblick auf die Erarbeitung eines postfundamentalistischen Verständnisses internationaler Politik gilt es nun, nach der Erarbeitung des Politikbegriffs, das Attribut *international* genauer zu betrachten. Nach der Verortung einer allfälligen Unterscheidung von Politik gegenüber anderen Bereichen wie Ökonomie und Gesellschaft auf einer ontisch-diskursiven Ebene, soll nun untersucht werden, was das Spezifikum des *Internationalen* sein kann und ob internationale Politik sich wesentlich unterscheidet von Politik, die nicht traditionellerweise in den Bereich internationaler Politik fällt.

Es wurde argumentiert, dass im Rahmen der hier vorgestellten Logik von Politik, internationale Politik nicht ontologisch gegründet werden kann und daher ein ihr zugeschriebenes Spezifikum nur im Ontischen angesiedelt sein kann. Wie in der Einleitung zur Arbeit überblicksartig dargestellt wurde, hat sich mit der Internationalen Politik oder den Internationalen Beziehungen eine wissenschaftliche Disziplin herausgebildet, die sich der Untersuchung und Analyse sogenannter internationaler Politik widmet. Diese gesonderte Behandlung eines Gegenstandes, der als *internationale Politik* oder *internationale Beziehungen* bezeichnet wird, deutet darauf hin, dass hier ein Merkmal gesehen oder konstatiert wird, das ihn von anderen Bereichen der Politik und/oder der Politikwissenschaft abhebt oder unterscheidet und somit diese gesonderte Behandlung rechtfertigt oder gar verlangt (vgl. Walker 1993, 15–18). Dementsprechend wurde Eingangs ein Überblick darüber gegeben, was aus der Perspektive unterschiedlicher theoretischer Zugänge aus dem Feld der Theorien Internationaler Politik beziehungsweise internationaler Beziehungen unter ‚internationaler Politik‘⁸ verstanden wurde oder wird. So kann festgestellt werden, dass zwischen den meisten Theorien die Gemeinsamkeit besteht, internationale Politik als Politik zwischen oder im Rahmen von *kollektiven Gebilden* zu verstehen, welche Einheiten oder Subjekte internationaler Politik darstellen (vgl.

8 Eine Schreibweise mit einfachen Anführungszeichen soll darauf hinweisen, dass es sich um einen Begriff im Kontext eines anderen Diskurses handelt.

Schieder/Spindler 2010, 18–27). Abseits dieser Gemeinsamkeit der Politik oder Beziehungen zwischen kollektiven Einheiten, gegebenenfalls in einem internationalen System, gibt es erhebliche Unterschiede in der Art und Weise, auf welche diese Einheiten und das System theoretisch oder ontologisch konzeptualisiert werden.

Die konkrete Ausgestaltung einer Vorstellung von Politik im Rahmen eines internationalen Systems und der Entitäten, zwischen denen sie stattfindet, lässt sich aus der Ontologie einer Theorie oder eines Ansatzes ableiten, denn „[p]resuppositions about the nature of social being are implied by any kind of research – sometimes openly, but most often silently“ (vgl. Marchart 2018b, 8). Aus Sicht einer postfundamentalistischen Ontologie kann die Frage nach der internationalen Dimension und den Handlungseinheiten der internationalen Politik jedenfalls nicht anhand transzendentaler Kriterien beantwortet werden. Vielmehr scheint es geboten, die scheinbare Transzendenz kollektivierender Kriterien in Frage zu stellen und ihre Kontingenz und Historizität zu betonen, um der ontologischen Dimension des Antagonismus gerecht zu werden. Denn prinzipiell gilt, dass unter der Bedingung der Kontingenz politischer Identitäten keine Konfiguration kollektiver Einheiten (wie bspw. Nationalstaaten) von vornherein vorausgesetzt wird. Dadurch wird es aber weder hinfällig noch unmöglich, Aussagen über derartige kollektive Einheiten, zwischen denen internationale Politik stattzufinden scheint, zu treffen. Denn der hier vorgebrachte Ansatz bietet die Möglichkeit, die Einheiten internationaler Politik auf eine Weise zu fassen, die es ermöglicht, eine Reihe von Phänomenen in den Blick zu bekommen, die aus Perspektiven, welche die Existenz gegebener Entitäten voraussetzen, schwer zu fassen sind.

Analog zur Feststellung, dass aus postfundamentalistischer Perspektive eine Unterscheidung in unterschiedliche Sphären oder Ebenen von Politik nur *ontisch* möglich ist und stets kontingent bleiben muss, können auch Kategorien, welche kollektive Identitäten strukturieren, nur historisch und diskursiv eingebettet in Erscheinung treten. Wenn die Logik von Politik, die oben herausgearbeitet wurde, konsequent weitergeführt wird, kann sich Identität nur durch kontingente Ordnungs- oder Strukturierungsprinzipien konstituieren und nicht aus transzendental ableitbaren Kategorien definieren wie einer ‚Nation‘ oder einem ‚Volk‘. Damit sollen allerdings derartige Kategorien nicht völlig aus der Analyse internationaler Politik verabschiedet werden. Denn es ist damit nicht gesagt, dass beispielsweise (Natio-

nal-)Staaten als relevante Kategorie (I)nternationaler Politik überholt wären. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie eine solche kollektive Dimension in einem postfundamentalistischen Verständnis konzipiert werden kann. Dies betrifft in der *ontologischen* Dimension die Frage der Erzeugungslogik politischer Identitäten als Grundlage von ‚Internationalität‘ und in der *ontischen* Dimension die des konkreten, von Macht affizierten diskursiven Kontexts, in dem sie sich konstituieren. Diese Fragen werden nun in drei Schritten untersucht: Erst wird von der ontologischen Dimension und der Unmöglichkeit letztinstanzlicher Fundamente und Identitäten ausgegangen, danach die Notwendigkeit der politischen Konstitution radikal kontingenter Identitäten betont und zuletzt ihre Erzeugungslogik untersucht.

3.2.1 Unmöglichkeit und Notwendigkeit von Identität

Im bisherigen Verlauf der Arbeit wurde herausgearbeitet, dass sich eine postfundamentalistische Ontologie unter anderem durch das Postulat des Fehlens eines transzendenten, positiven Fundaments auszeichnet. Dieses zentrale Prinzip kommt auch bei der Frage nach dem Internationalen und damit nach kollektiven Identitäten zum Tragen: Da eine letztinstanzliche Fixierung kollektiver Identitäten nicht möglich ist, müssen Identitäten partiell und temporär fixiert werden (vgl. Laclau/Mouffe 2015, 146–147). Diese postfundamentalistische Sichtweise steht im direkten Widerspruch zu Ansätzen, die Identität in einem ursprünglichen Prinzip begründet sehen – unabhängig davon, ob die Begründung wissenschaftlicher, politischer, ideologischer, religiöser oder sonstiger Natur ist. Aus solchen essentialistischen Perspektiven scheinen kollektive Identitäten *identisch* zu sein mit beispielsweise einer (zugeschriebenen) ethnischen Zugehörigkeit. Aus postfundamentalistischer Sicht könnte formuliert werden, dass derartige Identitätskonstruktionen nicht unterscheiden zwischen *Signifikat* und *Signifikant*: Eine *Bezeichnung* und ein vermeintlich unmittelbar Erkennbares und *Bezeichnetes* werden als *identisch* konstruiert, wodurch das Moment der Konstruktion oder der Artikulation verschleiert wird. Aus postfundamentalistischer Perspektive könnte hier gesagt werden, dass das Moment der Gründung „vergessen“ wird und die Identität scheinbare Objektivität und Präsenz erhält (vgl. Laclau 1990, 34). Es wird dabei infolgedessen (zumindest implizit) davon ausgegangen, dass etwas, das benannt, beschrieben oder zum Thema von Politik oder Wissenschaft wird, als gegeben vorausgesetzt werden kann. Ein derartiges Verständnis von Identität kann sich beispielsweise

se in der Vorstellung eines ‚Volkes‘ als ethnischer Gemeinschaft finden, wenn dessen objektive Existenz als sozialen Prozessen vorausgehend konstruiert wird. Der Politikwissenschaftler David Campbell problematisiert ebensolche Diskurse im Rahmen des Bosnienkriegs (vgl. Campbell 1998), wobei er sich bezüglich seines Verständnisses von Diskurs und Identität auf Laclau und Mouffe bezieht (vgl. ebd., 25–26). In seinem Buch *National Deconstruction* versucht er, auf die Konsequenzen solcher Diskurse aufmerksam zu machen. Er möchte zeigen, dass „the settled norms of international society – in particular, the idea that the national community requires the nexus of demarcated territory and fixed identity – were not only insufficient to enable a response to the Bosnian war, they were complicit in and necessary for the conduct of the war itself“ (ebd., 13). Campbell lenkt damit den Fokus auf den Zusammenhang zwischen einem Set essentialistischer Diskurse nationaler Gemeinschaft und Identität und Krieg.

Demgegenüber geht im Verständnis einer postfundamentalistischen Theorie keine Bedeutung auf eine Objektivität ‚außerhalb‘ des diskursiven Raumes zurück (vgl. Laclau/Mouffe 2015, 142). Daraus folgt, dass Identität als Konfiguration oder Strukturierung eines Sinnsystems – eines Diskurses – stets nur im Rahmen dieses Diskurses in Erscheinung treten kann. Dementsprechend kann Identität, da sie sich nur als konkrete, historische, kontingente Konfiguration eines Sinn- oder Bedeutungssystems konstituieren kann, selbst immer nur kontingent und in einen konkreten historischen Kontext eingebettet auftreten. Es sind die Signifikanten, deren *Anordnung* die Etablierung einer Identität ermöglichen und nicht bedeutete Objekte oder Signifikate, die eine solche Identität bereits besäßen (vgl. ebd., 142–3). Um im Bild des Volkes als kollektive Identität zu bleiben: Aus postfundamentalistischer Perspektive ist es nicht so, dass ein ‚Volk‘ sich aus ihm zuordenbaren Teilen zusammensetzt und eine empirisch erfahrbare Identität bildet. Vielmehr wird Identität als diskursive Ordnung erst durch artikulatorische Praxis, durch politische Prozesse, hervorgebracht und beeinflusst diese wiederum. Es ist eben nicht ein tatsächlich jedem Diskurs vorausgehendes, empirisch erkennbares und aus eindeutig zuordenbaren Elementen bestehendes ‚Volk‘ gegeben. Es handelt sich dabei vielmehr um eine Position in einem Diskurs, die aufgrund der Logik der Überdeterminierung in ihrer Bedeutung stets von einem Bedeutungsüberschuss bedroht wird und sich nie tatsächlich vollumfänglich konstituieren kann (vgl. ebd., 146–8). Es ist dadurch nicht ausgeschlossen, ontisch von einem ‚Volk‘ zu sprechen, wobei

es sich dabei aber nur um eine in einem konkreten diskursiven Kontext auftretende Diskursposition handeln kann. Mouffe bringt das auf den Punkt, wenn sie schreibt, dass „das ‚Volk‘ kein empirischer Referent, sondern eine diskursive politische Konstruktion ist. Es existiert nicht, ehe es performativ artikuliert wird, und lässt sich nicht mit soziologischen Kategorien erfassen“ (Mouffe 2018b, 74).

Aus der oben erarbeiteten Ontologie wurde die Erkenntnis abgeleitet, dass Identität ausschließlich diskursiv hervorgebracht werden kann und jeweils nur in einem konkreten, historischen und kontingenten Bedeutungszusammenhang mit Sinn erfüllt wird. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, dass Identität – oder in diesem Beispiel ein ‚Volk‘ – nur als Gedankenkonstrukt besteht. Denn bei allem Bedeutungsüberfluss, der eine *tatsächliche* Fixierung und damit Substantialisierung verhindert, kommt es durch artikulatorische Praxis notwendigerweise zu einer *partiellen* oder *vorübergehenden* Fixierung von Bedeutung (vgl. Marchart 2010, 16–17). Nachdem in einem postfundamentalistischen Verständnis keine duale Trennung geistig/materiell existiert, sondern Bedeutung sich stets durch Praxis materialisiert und damit fixiert, gilt auch hier: da nicht *a priori* ein Volk gegeben ist – wodurch seine Identität feststünde – materialisiert sich erst durch artikulatorische Praxis in einem konkreten Kontext eine spezifische Bedeutung von ‚Volk‘ (vgl. Laclau 1990, 100–2; vgl. Laclau/Mouffe 2015, 142–3). Die Relevanz dieser Feststellung in Hinblick auf ein postfundamentalistisches Verständnis ‚internationaler Politik‘ liegt darin, dass sie die Begründung liefert, warum die Einheiten, zwischen denen internationale Politik sozusagen stattfindet, nicht *ontologischer* Natur sein können, ihrer *ontischen* Relevanz im Rahmen konkreter Diskurse aber Rechnung getragen werden muss. Da Artikulation und Politik, wie oben gezeigt wurde, *notwendigerweise* stattfinden, ist die Etablierung von Identitäten notwendig und unumgänglich. Weiters wurde argumentiert, dass eine Fixierung von Bedeutung nur vorübergehend und partiell sein kann. Daraus folgt, dass Diskurse in ihrer jeweiligen Ausformung zwar kontingent sind, es aber einer teilweisen Fixierung durch eine relationale Anordnung der Elemente zu Momenten des Diskurses bedarf (vgl. ebd., 139–140). Dies ist allerdings in der Praxis nicht als chronologischer oder gar als teleologischer Vorgang zu verstehen, an dessen Ende die Etablierung einer Identität steht. Vielmehr handelt es sich um einen notwendigen, permanenten Prozess der Konstruktion und Rekonstruktion. Die Notwendigkeit der Konstitution von Identitäten

ist allerdings nicht in einem normativen Sinn zu verstehen ist, sondern soll eine Art Unvermeidbarkeit ausdrücken. Es handelt sich also gewissermaßen um eine ontologische Notwendigkeit der Gründung im Ontischen, die daraus resultiert, dass es keinen ontologischen Grund gibt, sondern eine Vielzahl kontingenter Gründe: „Die Pluralisierung der Gründe und Identitäten innerhalb des Feldes des Sozialen resultiert aus einer radikalen Unmöglichkeit, einem radikalen Graben zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen, der postuliert werden muss, will man die Pluralität im Feld des Ontischen erklären“ (Marchart 2010, 63).

Mit Blick auf ein postfundamentalistisches Verständnis von internationaler Politik scheint es sinnvoll, den Begriff der Identität als Differenzierungsmerkmal politischer Entitäten im Sinne eines artikulierten Strukturierungs- oder Ordnungsprinzips zu verstehen, welches die partielle Stabilisierung von Bedeutungssystemen beziehungsweise Diskursen durch eine Hegemonisierung gewährleistet. Ein solches Prinzip ermöglicht als ein jeglichen Sinns entleerter Signifikant durch die Stabilisierung einer protagonistischen Äquivalenzkette gegenüber einem rein negativen Außen die Strukturierung des diskursiven Raums (vgl. Marchart 2013a, 145). Identität meint aber nicht das Strukturierungs- oder Ordnungsprinzip als statische Figur, sondern die Strukturierung selbst als zum Scheitern verurteilter Prozess der Hegemonisierung. Sie meint die Bedeutung-strukturierende Bildung und Ausrichtung der protagonistischen sowie der antagonistischen Äquivalenzketten im Zuge des Versuchs der Universalisierung eines leeren Signifikanten. Diskursive Formationen werden in diesem Sinne durch einen beständigen Prozess des Strebens nach der Hegemonie einer Identität stabilisiert.

3.2.2 Stabilisierung von Identität

In Anbetracht der Erkenntnis, dass Identität eben nicht in einem voraussetzungslos gegebenen Prinzip, wie der Existenz einer Rasse, eines Volkes oder dergleichen gegründet sein kann, mag das Postulat ihrer Notwendigkeit kontraintuitiv wirken. Doch die Prämisse einer postfundamentalistischen Ontologie ist eben, wie vor allem mit Marchart argumentiert wurde, dass in Abwesenheit eines Fundaments eine Gründung auf *politische* Weise stattfinden *muss*. Während die Notwendigkeit einer Gründung demnach in einer ontologischen Dimension verortet werden kann, ist die eigentliche Gründung einer Ordnung oder Identität hingegen ein ontischer Vorgang. Da einerseits dargelegt wurde, dass Identitäten keinen sub-

stanziiellen Charakter haben können und andererseits argumentiert wurde, dass die Herausbildung von Identitäten unumgänglich erfolgt, stellt sich die Frage, auf welche Weise sich hier als (politische) Identitäten bezeichnete Strukturierungen konstituieren.

Bedeutungssysteme, so wurde argumentiert, streben notwendigerweise nach Objektivierung. Da aber Bedeutung nie eindeutig festgelegt werden kann, wird jede Ordnung stets von einem Bedeutungsüberschuss untergraben. Diese Erfahrung des Scheiterns der Objektivierung wurde als *Antagonismus* oder *das Politische* bezeichnet (vgl. Laclau/Mouffe 2015, 158). ‚Diesseits‘ der Grenze des Antagonismus konfiguriert sich eine Ordnung ohne fixen Bezugspunkt durch die Anordnung ihrer Momente (vgl. ebd., 139). Um diesen Vorgang zu beschreiben, wurden die Logik der Äquivalenz und die Logik der Differenz eingeführt: Differenzen ordnen sich in einem Äquivalenzverhältnis an, einer Äquivalenzkette, ohne jedoch ihre Differenz gänzlich zu verlieren (vgl. ebd., 163–167). Das bedeutet, dass eine Gemeinsamkeit der Differenzen hervortritt und betont wird, während die Unterschiede nahezu gänzlich verdrängt werden (vgl. Marchart 2013a, 145). Dieser Vorgang ist zentral für die Stabilisierung eines Systems beziehungsweise einer Identität, denn die Herstellung einer Identität als diskursiver Ordnung erfolgt im Sinne der Logik der Äquivalenz mittels des Bezugs auf eine gemeinsame Differenz (vgl. ebd.). Es kann sich dabei aber keinesfalls um vor- oder außerdiskursiv gegebene Differenzen handeln, da, wie festgestellt wurde, „kein Objekt außerhalb jeglicher diskursiver Bedingung des Auftauchens gegeben ist“ (Laclau/Mouffe 2015, 140–1). Insofern ist die gemeinsame Dimension als Ordnungsprinzip diskursiv zu verstehen und somit kontingent: Identität strukturiert sich über ein Prinzip – sie könnte sich aber auch anhand eines anderen Ordnungsprinzips strukturieren. Dieses strukturierende Prinzip wird dabei seines Sinnes beziehungsweise seiner bisher (auf politische Weise partiell) etablierten Bedeutung entleert und hat nur die Funktion, die Äquivalenzkette als *leerer Signifikant* zu hegemonisieren und zu stabilisieren (vgl. Marchart 2013a, 145–8). Die Stabilisierung geht in Relation zu einem Außen vor sich:

Es kann also festgehalten werden, dass die protagonistische Äquivalenzkette sich nicht stabilisieren ließe, wäre sie nicht offen einem ‚negativen Pol‘, einem äußeren Feind gegenüber artikuliert worden. Hieran zeigt sich, dass keine hegemonietheoretische Analyse ohne den Begriff des Antago-

nismus auskommen kann, der den Pol reiner Negativität markiert, dem gegenüber Äquivalenzketten aus differentiellen Elementen artikuliert werden. (ebd., 145)

Indem die Stabilisierung von Diskursen relational, durch den Bezug auf ihr Außen stattfindet, ist dieses immer schon in die Konstruktion von Identität involviert. Daraus folgt, dass für jede identitätsbezogene Politik ein Außen zur Stabilisierung notwendig ist. Es wird somit bei jeder auf die Konstitution einer inneren Identität gerichteten Politik stets auch ein Außen konstruiert. Gleichzeitig wird bei jeder Politik, die sich nach Außen abgrenzt, eine innere Identität konstituiert (vgl. Laclau 2013, 54).

Die Frage der Bildung von Identität wird damit allerdings nicht zwangsläufig zu einer Frage der Absicht oder Strategie von Akteur*innen. Denn wenn die Logik von Politik unter der Bedingung des Politischen ernstgenommen wird, sind *jeder* Politik, *jeder* hegemonialen Artikulation stets beide Bewegungen inhärent. Die Stabilisierung nach Innen bei gleichzeitiger Abgrenzung nach Außen sind Teil von Politik. Die beiden Bewegungen sind zwei Seiten *derselben* politischen Logik beziehungsweise unterschiedliche Betonungen der Logik von Politik: Wenn jede Politik ein Element des Ausschlusses enthält, geht jede Politik mit der Konstitution von Identität einher. Daraus folgt, dass durch jede politische Praxis zugleich eine Identität mit einem Außen konstituiert werden.

Wenngleich also Identität nicht aus einer naturgegebenen Eigenschaft einer ethnischen Gemeinsamkeit oder dergleichen hervorgeht beziehungsweise hervorgehen kann, folgt daraus nicht, dass sie beliebig strukturiert sein könnte. Je nach historischem Kontext werden manche Konfigurationen – und damit manche Identitäten – wahrscheinlicher zustande kommen als andere. Nicht jeder Inhalt kommt zu jeder Zeit für die Hegemonisierung eines Diskurses in gleicher Weise in Frage (vgl. Laclau 2014, 51). Jedenfalls sind politische Identitäten, wie sie hier im Rahmen internationaler Politik von Interesse sind, nicht vor-diskursiv und somit nicht essentialistisch begründet. Oder wie Marchart in Bezug auf die Entfernung jedes essentialistischen Kerns aus Sicht einer postfundamentalistischen Hegemonietheorie mit Laclau und Mouffe schreibt: „Denn die grundlegenden Analyseeinheiten sind nun nicht mehr sozial objektivierte und ihrer hegemonialen Artikulation vorausgehende (Klassen-)Identitäten, sondern immer erst zu artikulierende und im

Artikulationsprozess ihre Identität verändernde Diskursformationen“ (Marchart 2013a, 103).

Um ein während der Erstellung der Arbeit aktuelles Beispiel heranzuziehen: Es ist nicht ‚die Ukraine‘ als objektive Identität oder Einheit, die sich der Invasion durch ‚Russland‘ entgegenstellt, sondern das ‚sich Entgegenstellen‘ stabilisiert einen Diskurs einer ‚Ukraine‘ beziehungsweise ihres ‚Volkes‘ (mit ‚Russland‘ als negativem Pol). Unterschiedliche Positionen treten in ein Äquivalenzverhältnis gegenüber einer Bedrohung ihrer Identität, sodass diese durch einen leeren Signifikanten symbolisiert und eine entsprechende Identität (re-)konstituiert wird (vgl. Laclau 2013, 39–40). Das bedeutet nicht, dass nicht schon andere Diskurse eine Vorstellung einer ‚Ukraine‘ artikuliert hätten, allerdings möglicherweise mit unterschiedlichen Kontexten und Bedeutungen. Was jedoch nicht existieren kann, ist ‚die Ukraine‘ als empirisch erkennbarer Referent, auf den nur verwiesen werden müsste. Identität besteht, wie gezeigt wurde, nur im Diskurs – sie *hat*, beziehungsweise *macht*, nur im Rahmen des Diskurses *Sinn*. Außerhalb des Diskurses wohnt ihr keine *Bedeutung*⁹ inne.

Es ist im Rahmen des Prozesses der Etablierung von Identität keinesfalls im Vorhinein festgelegt, welcher Signifikant die stabilisierende, strukturierende Funktion eines leeren Signifikanten übernimmt. Außerdem kann derselbe Signifikant, in verschiedenen Diskursen mit unterschiedlicher Bedeutung eine stabilisierende Funktion übernehmen. So ist im obigen Fall beispielsweise denkbar, dass der Signifikant der ‚Ukraine‘ als Außen zur Stabilisierung eines (nationalistischen) Diskurses eines ‚Russlands‘ dient. Auch in diesem Falle wären beide Signifikanten Diskursobjekte und nicht empirische Identitäten. Zudem sind stets zahlreiche Diskurse mit unterschiedlicher Reichweite gleichzeitig relevant, die einander überlagern, überschneiden und hegemonial zu werden versuchen. Mit ‚Reichweite‘ ist gemeint, dass neben dem Beispiel eines Diskurses der ‚Ukraine‘ auch Diskurse relevant sein können, die beispielsweise einen Bezug auf ‚Europa‘ oder ‚universelle Menschenrechte‘ herstellen. Denn es kann nicht vorausgesetzt werden, dass sich Identitäten im Rahmen von ‚Staaten‘, ‚Nationen‘ oder ‚Ethnien‘ konstituieren, wenngleich derartige Konfigurationen historisch gesehen im Rahmen internationaler Politik eine nicht von der Hand zu weisende Rolle spielen. Eine Analyse der Konstitution von Identitäten unterschiedlicher ‚Reichweiten‘ im Kontext eines Konflikts liefert David Campbell in *National Deconstruction*, wo er nationalistische und

9 ‚Bedeutung‘ nicht im Sinne von ‚Wichtigkeit‘, sondern von ‚meaning‘.

ethnische Diskurse eines ‚Bosnien‘ ebenso betrachtet wie sogenannte ‚westliche‘ Diskurse oder solche einer ‚internationalen Gemeinschaft‘ (vgl. Campbell 1998). Die ebenfalls auf Laclau und Mouffe bezugnehmende Arbeit Lene Hansens *Security as Practice – Discourse Analysis and the Bosnian War* fokussiert dabei vor allem diese ‚westlichen Debatten‘ (vgl. Hansen 2006). Sowohl Hansen als auch Campbell re- beziehungsweise dekonstruieren hegemonial gewordene Identitäten und Diskurse und legen dadurch deren Kontingenz offen. Einen explizit hegemonie- und diskurstheoretischen Zugang verfolgt Daniel Schulz, der den leeren Signifikanten der ‚Nation‘ in Frankreich untersucht (vgl. Schulz 2015). Schulz argumentiert dabei, „dass die Nation keineswegs als objektive Größe verstanden werden kann, sondern dass es sich um eine diskursiv artikulierte hegemoniale Formation handelt, die über den konkurrierenden Aufbau von Äquivalenzketten operiert“ (ebd., 240).

Da die konkrete Konfiguration von Identität kontingent und historisch kontextualisiert ist, muss folglich auch eine Kategorisierung solcher Identitäten historisch verortet und kontingent sein. Wenn die Einheiten internationaler Politik kontingentes Ergebnis politischer Artikulationsprozesse sind, hat das auch Konsequenzen für das Verständnis der internationalen Politik und der internationalen Beziehungen selbst: Erstens können internationale Beziehungen nicht über jeden weiteren Kontext hinaus als Beziehung bestimmter historischer Konfigurationen von Einheiten, wie beispielsweise Staaten, bestimmt werden: Es gibt keinen apriorischen Grund, sie wegen eines ontischen Strukturierungsprinzips wie ‚Staatlichkeit‘ von vornherein engzuführen auf Beziehungen zwischen Staaten. Auch internationale Politik selbst besitzt keinen objektiven, empirischen oder auf andere Weise eindeutigen Referenten, sondern steht stets in einem diskursiven Kontext. Zweitens hat das zur Folge, dass – wie schon bei der Betrachtung des Begriffs der Politik deutlich wurde – auch durch eine postfundamentalistische Lesart des Begriffs der *Internationalität*, die vermeintlich trennende Linie zwischen internationaler Politik und anderen Formen von Politik verschwindet. Auf beide Punkte soll nun im nächsten Abschnitt eingegangen werden. Dazu wird einerseits die Konfiguration von Einheiten bezüglich ihrer ‚Reichweite‘ (im Sinne eines Universalisierungsanspruches des Ordnungsprinzips) genauer betrachtet und diese andererseits in den Kontext ontischer Diskurse internationaler Politik gesetzt.

3.3 Internationale Politik im diskursiven Kontext

Mit dem bisher Gesagten hat sich gezeigt, dass weder internationale Politik als Phänomen noch Internationale Politik als Politikfeld oder politikwissenschaftliche Disziplin einfach voraussetzungslos existieren. Soll der Begriff ‚(I)nternationaler Politik‘ als die Bezeichnung beziehungsweise das damit bezeichnete Phänomen aufrecht erhalten werden, kann dies nur im Rahmen und im Kontext ontischer – und damit politischer – Diskurse geschehen. Dafür bedarf es einer (Re-)Artikulation in einem Sinn- oder Bedeutungssystem, was wiederum eine Anordnung in Relation zu anderen Konzepten bedeutet. Auf diese Weise konstituiert sich ein postfundamentalistischer Begriff (I)nternationaler Politik in Abgrenzung gegenüber anderen Begriffen und Konzepten: zum Einen gegenüber anderen Theorien und deren Verständnis internationaler Politik und zum Anderen gegenüber anderen Konzepten innerhalb eines postfundamentalistischen Rahmens. Um bei gleichzeitiger Abgrenzung unterschiedlicher theoretischer Diskurse voneinander dennoch einen übergreifenden, wechselseitig verständlichen Diskurs zu konstituieren oder zu reproduzieren, ist allerdings nicht nur eine Abgrenzung, sondern auch eine gewisse Gemeinsamkeit oder Äquivalenz notwendig. In diesem Kapitel werden Vorschläge für eine diskursübergreifende Verständigung sowie Beispiele postfundamentalistischer Perspektiven vorgebracht.

3.3.1 Artikulation aus internationaler Perspektive

Wie bereits betont wurde, findet sowohl die Zuordnung eines Phänomens zu als auch sein Ausschluss von einem Diskurs internationaler Politik im Ontischen statt, ist kontingent und historisch kontextualisiert. Dementsprechend ist es auch nicht möglich, von einem horizontal oder vertikal gegliederten System auszugehen, in dem eine internationale Ebene von anderen Ebenen von Politik unterschieden werden kann oder eine Trennung zwischen politischen, ökonomischen oder anderen Systemen, Feldern oder Sphären besteht. Mit Marchart wurde bereits der Schluss gezogen, dass so eine Trennung nur analytisch und in Abhängigkeit vom Erkenntnisinteresse vorgenommen werden kann (vgl. Marchart 2013a, 98). Denn Strukturen oder hegemonialen Formationen *sind* nicht von ihrem Wesen her poli-

tisch oder ökonomisch, innenpolitisch oder international-politisch. Sie sind auch nicht ‚Politik- oder Gesellschaftsbereichen‘, ‚(Politik-)Feldern‘ (Internationaler Politik, Innenpolitik, ...) oder ‚Sphären‘ zugeordnet, um nur einige Begriffe oder Bilder zu nennen. Es ist laut Marchart vielmehr die Praxis der Artikulation im Rahmen einer Analyse, die im Kontext eines spezifischen Erkenntnisinteresses einen Aspekt der Artikulation benennt (vgl. ebd.). Und erst durch eine solche Benennung in Rahmen der Artikulation erfolgt die diskursive Ein- oder Zuordnung – in diesem Fall als ‚internationale Politik‘.

Die Artikulation von Diskursen im Kontext internationaler Politik ist auf zwei Arten möglich: Zum einen kann es ein Diskurs oder eine hegemoniale Formation *selbst* sein, deren Artikulation ein Konzept internationaler Politik referenziert (was allerdings noch keine ausreichende Bedingung dafür ist, dass ein Diskurs aus Sicht ‚internationaler Politik‘ auch analytisch in diesem Kontext perspektiviert wird). Zum anderen kann es ein *anderer* Diskurs – hier: ein (politik-)wissenschaftlicher – sein, welcher im Sinne Marcharts auf einen solchen Aspekt abhebt. Auch dabei gilt wiederum, dass die jeweilige Bedeutung des Begriffs der ‚internationalen Politik‘ erst im diskursiven Kontext seiner Artikulation vorübergehend fixiert wird – wenngleich frühere und zugleich existierende Diskurse einen Rahmen für diese Bedeutung gewissermaßen abstecken. Um sich Strukturen oder Diskursen nun mit einem Begriff internationaler Politik aus Sicht einer postfundamentalistischen Theorie zu nähern ist es nicht primär relevant, ob der erste Punkt erfüllt ist – also, ob in einem Diskurs selbst ein Bezug zu ‚internationaler Politik‘ hergestellt wird beziehungsweise, ob ein solcher Signifikant in die Äquivalenzkette eingegliedert wird. Kriterium für eine postfundamentalistische Perspektivierung ist vielmehr der zweite Punkt: die analytische Perspektivierung einer hegemonialen Formation oder eines Diskurses mit einem Fokus des Erkenntnisinteresses auf Artikulationen, die als ‚international-politisch‘ eingeordnet werden. Es handelt sich dabei, wie bei Marchart, um eine von außen durchgeführte, wissenschaftlich-analytische Perspektivierung, welche nicht von den Selbstzuschreibungen betroffener Diskurse abhängt – also davon, ob ein Bezug zu ‚internationaler Politik‘ im Rahmen der Äquivalenzkette hergestellt wird. ‚Internationale Politik‘ als Kriterium wird gewissermaßen von außen, aus einem beobachtenden, analysierenden akademischen oder politischen Diskurs angelegt. Sie ist in dieser Hinsicht primär ein Konzept dieses Diskurses und nicht des zu analysierenden.

Die Aspekte des zu analysierenden Diskurses, auf die eine an ‚internationaler Politik‘ orientierte Perspektive abzielt, sind – so der Vorschlag dieser Arbeit – ‚Politik‘ und ‚Internationalität‘ beziehungsweise ‚Politik‘ und ‚Strukturierungsprinzip‘ oder ‚Identität‘. Diskurse unterschiedlicher theoretischer Zugänge werden dabei zwangsläufig zu unterschiedlichen Vorstellungen oder Definitionen dieser Aspekte gelangen, so wie sie hier aus einer spezifisch postfundamentalistischen Perspektive unter den Bedingungen ihrer Ontologie reformuliert wurden. Als Gemeinsamkeit bleibt jedoch der Bezug auf den übergreifenden Diskurs ‚Internationaler Politik‘. Ein Kontext, der, wie eingangs dargestellt wurde, auf spezifische politische und historische Konstellationen zurückgeht und stark mit der Idee von souveränen Staaten und einem internationalen System verflochten ist (vgl. Walker 1993, 15–21). Über ein solches enges, institutionalisiertes Verständnis hinaus macht es aus einer postfundamentalistischen Perspektive allerdings auch Sinn, Phänomene im Kontext internationaler Politik zu erfassen, die ein traditionelles Verständnis überschreiten. Internationale Politik in einem solchen weiten Sinn meint Artikulationen und Diskurse, deren identitätsbezogener Aspekt quer zur Vorstellung eines traditionellen internationalen Systems verläuft, allerdings explizit einen ‚internationalen‘ oder ‚globalen‘ Anspruch verfolgt. Über dieses weite Verständnis internationaler Politik hinaus, ermöglicht eine postfundamentalistische Perspektive allerdings auch, internationale Politik in einem noch umfassenderen Sinn zu verstehen. Eine umfassende Betrachtung meint, dass bei Politik, die klassischerweise nicht in den Kontext internationaler Politik gestellt wird, da sie (scheinbar) keinen expliziten internationalen Bezug hat, der Aspekt der Abgrenzung nach außen im Wechselspiel mit Identitätsbildung nach innen fokussiert wird. Besonders ein solches umfassendes Verständnis wird eben dadurch ermöglicht, dass ein postfundamentalistischer Zugang einen international-politischen Aspekt einer Artikulation fassen oder benennen kann, selbst wenn dieser nicht explizit im betroffenen Diskurs artikuliert wird. Insofern können hier Phänomene eingeschlossen werden, die aus anderen theoretischen Perspektiven nicht (mehr) als internationale Politik gesehen werden. Umgekehrt können aber auch an Phänomenen, die in anderen theoretischen Perspektiven eindeutig oder ausschließlich der internationalen Politik zugeschrieben werden, aus postfundamentalistischer Perspektive andere Aspekte und Artikulationen als jene internationaler Politik hervorgehoben und betrachtet werden. Aus einer umfassenden postfundamentalistischen Perspektive, aus der potenziell jede

Artikulation als politisch gesehen und jede Identität als kontingent verstanden wird, scheint es im Sinne einer Kompatibilität oder eines übergreifenden Verständnisses mit anderen Ansätzen deshalb sinnvoll, ‚Politik‘ und ‚Internationalität‘ auf diese Weise einzuordnen, wie im Folgenden weiter ausgeführt wird.

3.3.2 Zu einem umfassenden Verständnis internationaler Politik

Als internationale Politik in einem *engen* beziehungsweise *institutionalisierten* Sinn kann Politik bezeichnet werden, die sich explizit auf (identitäts-)übergreifende sowie zumindest teilweise auf gewissermaßen traditionelle Institutionen internationaler Politik bezieht, wie ein internationales System souveräner Nationalstaaten, internationale Institutionen oder internationale Organisationen. Diskurse von Staatlichkeit, Nationalstaaten, einem internationalen System oder dergleichen sind dabei direkt diskursiv referenziert und gegebenenfalls begrifflich oder konzeptuell eingebunden. Eine prominente Position nehmen dabei Staaten ein als jene Strukturen, die aufgrund der historischen Entwicklung klassischerweise mit internationaler Politik in Verbindung gebracht werden. Wird diese historisch-traditionelle Verbindung als diskursiv artikuliert verstanden, bleibt auch Raum für anti-essentialistische Ansätze. Ein solches Beispiel für die Auseinandersetzung mit der Konstruktion staatlicher Identität im Kontext internationaler Politik ist David Campbells *Writing Security*, in dem er die Rolle von Außenpolitik für die Konstruktion einer US-amerikanischen Identität diskurstheoretisch untersucht (vgl. Campbell 2005). In die gleiche Kerbe schlägt Ty Solomon mit einer hegemonietheoretischen Diskursanalyse zur US-Invasion des Irak. Im Zentrum steht dabei die detaillierte Rekonstruktion des Versuchs der Bildung einer antagonistischen Äquivalenzkette um die Signifikanten ‚Terror‘ und ‚Irak‘ und ihre Fixierung gegenüber einer protagonistischen Äquivalenzkette rund um die ‚USA‘, um gewissermaßen im Windschatten des ‚War on Terror‘ nach den Terroranschlägen von 9/11 eine Invasion des Irak zu rechtfertigen (vgl. Solomon 2009).

Allerdings liefe eine Fokussierung auf nach internationalem Recht institutionalisierte Staaten Gefahr, ähnliche Gebilde aus dem Blick zu verlieren, die aus unterschiedlichen Gründen nicht offiziell in ein institutionelles Netz eingebunden sind (und hier unter ein weites Verständnis fallen; s.u.). Die diskursive Kontextgebundenheit des Begriffs ‚Staat‘ als Kategorie internationaler Politik wird dadurch deutlich, dass selbst in vielen Diskursen nicht eindeutig definiert werden kann, was

denn ein Staat (im völkerrechtlichen Sinne) sei. Abgesehen von ontologischen Einwänden gegenüber einer letztinstanzlichen Klärung, ist auch die ontische Kategorisierung konsequenterweise eine politische und damit nicht eindeutige, von Macht geprägte Angelegenheit. Der oft unterschiedliche und widersprüchliche Grad der Anerkennung durch andere Staaten oder die sogenannte internationale Gemeinschaft von ‚Zusammenschlüssen‘ oder Identitäten, die sich selbst als ‚Staaten‘ bezeichnen oder *de facto* als solche agieren, zeigt die Problematik dieser (in einem doppelten Sinne) Grenzziehung zwischen Staaten. Doch was auch immer in einem spezifischen Diskurs mit der Bezeichnung ‚Staat‘ versehen wird, kann stets nur als Objekt von Diskursen in Erscheinung treten. Insofern kann es ein Beitrag eines postfundamentalistischen Zugangs sein, auch in der Theoriebildung sowie in empirischer Arbeit im Feld Internationaler Politik auf diesen kontingenten Charakter institutioneller oder institutionalisierter Handlungseinheiten hinzuweisen.

Wenn nun im Rahmen eines engen oder institutionalisierten Verständnisses internationaler Politik über das diskursive Objekt des Staates hinausgeblickt werden soll, ist es verleitend zu sagen, dass sich Konstruktionen politischer Identitäten nicht nur im Kontext von Staaten finden, sondern auch auf anderen ‚Ebenen‘, wie beispielsweise auf einer sogenannten ‚supranationalen Ebene‘. Es wurde jedoch bereits argumentiert, dass dieses Bild der Ebenen, welches auf Staaten oder supra- bzw. internationalen Organisationen als Subjekten internationaler Politik beruht – wenn überhaupt – nur in solchen staatszentrierten Diskursen Sinn macht, wie sie historisch mit der Disziplin der Internationalen Politik und in ihren dominanten Theoriegebäuden verwoben sind. Wird jedoch die Perspektive der hier vorgestellten postfundamentalistischen Ontologie eingenommen, muss festgestellt werden, dass einer sogenannten ‚staatlichen Ebene‘ kein ontologischer Vorrang gegenüber anderen Identitätskonstruktionen eingeräumt werden kann. So etablieren sich beispielsweise auch im Rahmen von Diskursen internationaler Organisationen und Institutionen politische Identitäten. Derartige den Staat transzendierende Diskurse ersetzen allerdings nicht zwangsläufig staatsbezogene Diskurse. Denn auch (national)staatlich strukturierte Identitätskonfigurationen können in einen transnationalen Kontext supra- oder internationaler Organisationen und Institutionen eingebunden sein. So untersucht beispielsweise Eva Herschinger, die in den postfundamentalistischen Konzepten der Hegemonie und der Identität zwei zentrale Begriffe der Analyse internationaler Politik sieht (vgl. Herschinger 2017), den

Versuch der Hegemonisierung von Diskursen für die Herausbildung von Identitäten im Rahmen der Vereinten Nationen (vgl. Herschinger 2011; Herschinger 2012). Lene Hansen spricht mit Blick auf die NATO von einer „institutional identity“ (Hansen 2006, 23), die auf diskursive Weise konstruiert würde. Durch derartige Diskurse internationaler Organisationen oder Institutionen werden auch die Versuche der Bildung von Identitäten und damit einer Ordnung jenseits von souveränen Staaten deutlich.

Über dieses an gängige Diskurse anschließende Verständnis hinaus, kann ein postfundamentalistischer Begriff auch Praktiken und Artikulationen ohne einen derart engen oder direkten institutionellen Bezug umschließen. Ein solches *weites* Verständnis umfasst auch andere identitäts(re-)konstituierende politische Artikulationen, wie beispielsweise solche, die sich auf eine globale Ordnung beziehen, dies aber nicht notwendigerweise im Rahmen von Diskursen explizit ‚internationaler Ordnung‘ tun. Beispielhaft sind ideologische und religiöse Diskurse zu nennen, deren Identität durch einen universellen Anspruch charakterisiert wird, welcher allerdings nicht in einem internationalen System artikuliert wird. Shabnam J. Holliday bezieht sich beispielsweise auf Laclaus Populismus-Begriff und das Konzept der Äquivalenzketten, um anhand iranischer Eliten einen Populismuskurs jenseits des Nationalstaates und abseits von methodologischem Nationalismus sowie mit Bezug auf eine globale Ordnung zu analysieren (vgl. Holliday 2020). Holliday argumentiert, dass die Artikulation der Islamischen Republik Iran als ‚Volk‘ und als ‚unterdrückt‘ durch die Äquivalenz mit ‚Palästina‘ (vgl. ebd., 5) ein antagonistisches Innen/Außen-Verhältnis konstruiert, das auch eine globale Ordnung (im Diskurs als ‚Unterdrückende‘/‚Unterdrückte‘ konstruiert) referenziert (vgl. ebd., 9). Als gänzlich anders geartetes Beispiel für einen globalen Bezug ohne Referenz auf Diskurse internationaler Ordnung kann das Projekt eines postfundamentalistisch begründeten Kosmopolitismus genannt werden, wie es unter anderem im von Tamarara Caraus und Elena Paris herausgegebenen Sammelband *Re-grounding Cosmopolitanism* (vgl. Caraus/Paris 2016) verfolgt wird. Caraus selbst argumentiert für einen postfundamentalistisches Verständnis von Kosmopolitismus, wenn sie in Anlehnung an Marcharts politische Differenz zwischen dem Politischen und Politik schreibt, dass „the traditional term of cosmopolitanism comes to be split between two terms – cosmopolitics as practice and action, and the cosmopolitical as ontolo-

gical dimension“ (Caraus 2016a, 115). Es wird bezüglich der „Kosmopolitik“ als ontischer Praxis eine Analogie gezogen zur Politik im Sinne Marcharts, wobei Caraus eine (im Ontischen stattfindende und deshalb zwangsläufig kontingente) Unterscheidung zu treffen scheint zwischen kosmopolitischer und partikularistischer Politik. Das „Kosmopolitische“ mit seiner dem Politischen analogen Eigenschaft, Gesellschaft zu gründen und zu ent-gründen, untergräbt dagegen nationalistische und partikularistische Ordnungen und verweist auf deren Kontingenz (vgl. ebd., 115–116).

Neben internationaler Politik in einem engen und einem weiten Sinn, kann diese auch in einer *umfassenden* Weise verstanden werden. Diese Bezeichnung bezieht sich auf Politik beziehungsweise Artikulationen (also politische Praktiken), die einen *Identitäts*bezug aufweisen, aber weder an Institutionen internationaler Politik noch an einer wie auch immer gearteten globalen Ordnung orientiert sind. Ob identitäts-konstituierende Strukturierungsprozesse solcher Diskurse unter dem Begriff (umfassender) internationaler Politik subsumiert werden, ist eine Frage ontologischer sowie politischer Prämissen. Das gilt zwar auch für das enge und das weite Verständnis, wird hier jedoch am deutlichsten sichtbar, denn je nach ontologischem oder politischem Zugang wird der Begriff internationaler Politik unterschiedlich weit gefasst sein. Der postfundamentalistische Zugang, wie er in dieser Arbeit herausgearbeitet wurde, bedingt jedenfalls, dass Strukturen auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichem Fokus perspektivierbar sind und deshalb bei der Betrachtung von Diskursen auch auf einen international-politischen Aspekt von Artikulationen abgehoben werden kann. Die Kategorie oder der Begriff der ‚internationalen Politik‘ wird hier gewissermaßen von außen an Diskurse herangetragen und diese damit in einen Diskurs internationaler Politik eingewoben. Besteht also in einem Diskurs kein direkter Bezug auf internationale Politik oder ein internationales System (enges Verständnis) und kein Bezug auf eine anders geartete globale Ordnung (weites Verständnis), kann dieser doch in einem Diskurs internationaler Politik artikuliert beziehungsweise von einem solchen kooptiert werden. So können beispielsweise Konflikte im Westen des afrikanischen Kontinents zwischen Ackerbau betreibenden Gruppen und solchen, die im Rahmen ihrer Viehzucht auf Wanderweidewirtschaft angewiesen sind, unter ethnischen, religiösen oder ökologisch-ökonomischen Aspekten betrachtet werden. Gleichzeitig kann aber auch ei-

ne Verbindung zu internationaler Politik hergestellt werden, indem die Konstruktion quer zu staatlichen Strukturen verlaufender Identitäten gezeigt wird, die im Zusammenhang mit anderen Konflikten und in ihrem Einfluss auf staatliche Politik geopolitische Auswirkungen auf der Ebene eines internationalen Systems haben (vgl. meinen Abschnitt zu Burkina Faso im gemeinsamen Beitrag *Gewalteskalationen im Sahelraum* (vgl. Hainzl et al. 2020) in *ISS Aktuell*, einer Publikation des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie).

Eine solche Betrachtung kann vorgenommen werden, ohne dass (vorerst) die Identitätskonstruktion, also die Strukturierung des Diskurses, davon beeinflusst wird. Diese wird aber in die Äquivalenzkette eines anderen Diskurses eingegliedert und der Diskurs und die ihn strukturierende Identität (in angeeigneter, artikulierter Form – denn sie hat ja keine positive Existenz) wird damit Teil der Strukturierung dieses weiteren Diskurses. Diese Artikulation kann, aber muss nicht auf den auf diese Weise artikulierten Diskurs zurückwirken. Beispielsweise kann also vermeintlich regionale Politik unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf weitere Artikulationen umfassenderer Diskurse perspektiviert und damit unter einem internationalpolitischen Gesichtspunkt gefasst werden kann. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Artikulation im Kontext internationaler Politik seitens sich als politisch oder sich als wissenschaftlich verstehender Diskurse erfolgt. Es ist eine Frage von Machtverhältnissen, wie kooptierende Diskurse oder eine Einbindung in einen Diskurs internationaler Politik die anderen Diskurse beeinflussen. So kann eine Thematisierung beziehungsweise Artikulation im Kontext internationaler Politik, des internationalen Systems oder der Disziplin der Internationalen Politik – um beim Beispiel eines (vermeintlich) lokalen oder regionalen Konflikts zu bleiben – dazu führen, dass seine Strukturierung beeinflusst wird und der veränderten Strukturierung entsprechende Handlungen folgen. Das gilt nicht nur für internationale Politik in einem umfassenden, sondern auch in einem weiten und einem engen Verständnis. Denn innerhalb eines Diskurses internationaler Politik oder gar im Rahmen formeller Institutionen ist eine entsprechende Repräsentation von der Konfiguration der politischen Machtverhältnisse abhängig (vgl. Hansen 2006, 187–188).

Die Möglichkeit, in einem umfassenden Verständnis eine Vielzahl von Strukturen im Kontext internationaler Politik zu artikulieren, verdeutlicht folgende Punkte, die einen entscheidenden Beitrag zum Verständnis eines postfundamentalistischen

Begriffs internationaler Politik leisten: (1) Es kann keine Politik geben, die *ex ante* internationale Politik ist. (2) Ebenso wenig existiert ein Bereich internationaler Politik, dem Handlungen oder Phänomene zugeordnet werden könnten (beides ergäbe aus postfundamentalistischer Perspektive insofern keinen Sinn, als es der Bedingung der Diskursivität und des Antagonismus nicht Rechnung tragen würde). (3) Da die diskursive Konstitution von Bedeutung kontingent ist, kann es sich bei ‚internationaler Politik‘ nur um ein Diskursobjekt handeln, dessen Artikulation in einem spezifischen historischen und politischen Kontext steht. Außerhalb konkreter, materieller und kontingenter Diskurse ist der Begriff beziehungsweise der Signifikant ‚internationale Politik‘ nicht mit Bedeutung versehen.

Auf dieser Grundlage kann nun im Sinne der Fragestellung der Arbeit ein postfundamentalistisches Verständnis von internationaler Politik formuliert werden: Aus Sicht eines Diskurses einer postfundamentalistischen Ontologie des Politischen kann internationale Politik demnach verstanden werden als ein aus einer kontingenten Entwicklung entstandener Begriff eines Diskurses, der als Bezugspunkt für eine analytische Perspektivierung von Diskursen unter dem Fokus der an einem Außen orientierten Konstitution von Identitäten dienen kann.

4 Konklusion: Was ist (*I*)nternationale Politik?

Der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war die grundsätzliche Frage nach der internationalen Politik. Bereits zu Beginn wurde dabei betont, dass der Begriff der internationalen Politik stets kontextgebunden ist und mit der jeweiligen Ontologie, im Rahmen derer von internationaler Politik gesprochen wird, in Verbindung steht. Unterschiedliche Theorien mit den entsprechenden ontologischen Voraussetzungen stellen dabei den Rahmen für aus ihnen resultierendes Denken und Handeln dar. Unter dieser Voraussetzung wurde die grundsätzliche Frage nach der internationalen Politik neu formuliert und präziser nach einem *Verständnis von internationaler Politik auf der Grundlage einer postfundamentalistischen Ontologie des Politischen* gefragt.

Im Zentrum der Beantwortung dieser Frage stand die als postfundamentalistisch bezeichnete beziehungsweise eingeordnete Ontologie, wie sie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickelt wurde. Ein wesentlicher Aspekt dieses Ansatzes ist, dass Bedeutung unter der ontologischen Bedingung von Antagonismus nicht dauerhaft fixiert werden kann. Sie bleibt stets kontingent und kann nur durch die Bildung von Äquivalenzketten in ontischen Diskursen vorübergehend stabilisiert werden. Diese ontologische Ausgangssituation hat Folgen für das Verständnis von *Politik* selbst, das der *Internationalität* sowie das der Möglichkeit und der Bedingungen eines *Diskurses internationaler Politik* im allgemeinen. Diese drei in der Folge analytisch getrennten Bereiche bestimmten im weiteren Verlauf der Arbeit die Gliederung der Argumentation.

Ausgehend von Laclau und Mouffe wurde erst mit Oliver Marchart der Begriff der Politik betrachtet und seine Differenz zu jenem des Politischen eingeführt. Diese Differenz betont eine Trennung der ontologischen Dimension des Politischen und ontischen Praktiken, die trotz der Trennung aufeinander verwiesen bleiben. Antagonismus beziehungsweise das Politische sind dabei sowohl die Voraussetzung von Politik als auch der Grund für ihre Notwendigkeit. Aufgrund dieser Gegebenheit ist Politik in einem umfassenden, integralen Sinn zu verstehen und ist nicht von vornherein in unterschiedliche Bereiche wie Internationale Politik oder Innenpolitik gegliedert. In der darauffolgenden Betrachtung des *internationalen* Aspekts, wurde nach dem Spezifikum internationaler Politik gefragt, das sie von vermeintlichen anderen Bereichen von Politik unterscheidet. Dabei führte die Frage nach

den Einheiten, zwischen denen Politik stattfindet, zu einer postfundamentalistischen (Re-)Formulierung eines Ordnungs- oder Identitätsprinzips, das ohne essentialistische Handlungseinheiten einen Bezug zu einer Internationalität herstellt. Zuletzt folgte eine Einordnung internationaler Politik in einen *diskursiven Kontext*. Hier wurde zum einen herausgearbeitet, dass eine Zuordnung zu einem Diskurs internationaler Politik eine Frage der analytischen Perspektive und des Erkenntnisinteresses ist. Zum anderen wurde eine Unterscheidung in ein enges, ein weites und ein umfassendes Verständnis vorgeschlagen, die einen postfundamentalistischen Begriff internationaler Politik zu den Begriffen anderer Diskurse ins Verhältnis setzt. Die Zentralen Aspekte und Folgerungen werden nun noch einmal zusammengefasst und diskutiert, bevor abschließend ein kurzer Ausblick gegeben wird.

In Bezug auf jeden der drei behandelten Aspekte – den der Politik, den des Internationalen und den der diskursiven Einbettung – gibt es Ableitungen aus der eingangs vorgestellten Ontologie des Politischen, die zu einem postfundamentalistischen Verständnis internationaler Politik führen. Erstens lässt sich, was Politik betrifft, feststellen, dass sich internationale Politik nicht in ihrem Wesen von ‚anderer‘ Politik, also anderen Teilbereichen oder Sphären von Politik, unterscheidet. Zweitens ist keine Trennung in politische Einheiten wie Nationen aufgrund ontologischer Merkmale möglich. Es handelt sich bei den im Rahmen internationaler Politik wesentlichen Identitäten um historisch-kontingente Diskursobjekte. Es lässt sich daher, drittens, konsequenterweise feststellen, dass auch (I)nternationale Politik nicht etwas ist, das außerhalb politischer, wissenschaftlicher oder sonstiger Diskurse existiert. Die Bedeutung des Begriffs erhält dadurch selbst eine politische Dimension, die sich auch in der Unterschiedlichkeit der Konzepte (I)nternationaler Politik im Rahmen unterschiedlicher Theorien niederschlägt. Diese drei Schlussfolgerungen sollen nun weiter diskutiert sowie entsprechende Folgerungen gezogen werden. Dabei wird die bisherige analytische Trennung in drei separate Aspekte aufgelöst und die gewonnenen Erkenntnisse zusammengeführt.

Der *erste* erarbeitete Aspekt adressiert die Frage von *Politik* und der politischen Logik. Im Rahmen einer Theorie der internationalen Beziehungen auf der Grundlage einer postfundamentalistischen Ontologie kann internationale Politik verstanden werden als Praktiken zur Artikulation einer Ordnung. Damit unterscheidet sie

sich nicht wesentlich von Politik im Allgemeinen. Diese wurde oben beschrieben als „Ensemble von Praktiken, Diskursen und Institutionen, die eine bestimmte Ordnung zu etablieren versuchen und menschliche Ko-Existenz unter Bedingungen organisieren, die immer potentiell konfliktorisch sind, da sie von der Dimension ‚des Politischen‘ affiziert werden“ (Mouffe 2018a, 102–103). Im Sinne eines ontologisch fundierten Begriffs integraler Politik (vgl. Marchart 2013a, 101, 195) wurde gezeigt, dass die Dimension des Politischen oder des Antagonismus eine spezifische politische Logik ermöglicht und zugleich notwendig werden lässt. Diese Logik bezieht sich auf die Spaltung des diskursiven Raums und die Strukturierung von Bedeutung durch die Anordnung von Elementen. Der grundlegende, ontologische Charakter dieser Logik schließt aus, dass gleichzeitig andere Logiken existieren, die parallele oder untergeordnete Bereiche von Politik betreffen. Wenn als Politik also jene Praktiken bezeichnet werden, die unter der Bedingung des Politischen eine Ordnung zu instituieren versuchen, umfasst dieser Begriff tatsächlich alle Aspekte und Praktiken internationaler Politik. Internationale Politik und andere sogenannte Arten, Sphären oder Spielarten von Politik funktionieren demnach nach derselben politischen Logik beziehungsweise nach derselben Logik des Politischen. Dementsprechend kann eine nähere Bestimmung internationaler Politik oder ihre Abgrenzung gegenüber anderen Bereichen von Politik nicht aufgrund des Aspekts der Politik getroffen werden.

Nachdem gezeigt wurde, dass das Besondere an internationaler Politik nicht die Politik ist, stellte sich die Frage, ob es dann nicht in der Internationalität zu suchen wäre – also in der übergeordneten, internationalen Ebene und dem Versuch der Etablierung einer Ordnung in einem wie auch immer gearteten internationalen System oder Umfeld. Dagegen spricht allerdings im Sinne des *zweiten* erarbeiteten Aspekts, dass die politische Logik mit der Zweiteilung des diskursiven Raumes zwangsläufig indifferent gegenüber weiteren Unterscheidungen (national, international, ...) ist. Es ist das Wirken des Antagonismus, durch das bestehende Identitäten, die als Ausgangspunkt für Staaten oder dergleichen dienen könnten, untergraben und disloziert sowie neu artikuliert werden. Von einem ontologischen Standpunkt aus bleibt offen, entlang welcher Linien die Zweiteilung stattfindet. Es ist daher keinesfalls gesetzt, dass ausgerechnet das Konzept von Staaten für die Herausbildung eines Innen in Abgrenzung zu einem Außen relevant wird. Die inhaltliche Indifferenz der ontologisch bedingten Zweiteilung lässt eine Kategorisierung

oder Unterscheidung nur im Ontischen, also diskursiv, zu. Daher kann durch die Verortung politischer Praktiken im Ontischen auch jede aus ihnen resultierende Konfiguration nur ontischer Ordnung sein. Gebilde wie Nationen, Staaten oder internationale Organisationen können konsequenterweise nur als Objekte von Diskursen in Erscheinung treten. Dies schließt die Vorstellung vordiskursiver kollektiver Strukturen aus, die als apriorische Subjekte den Ausgangspunkt für eine ontologische Verankerung internationaler Politik bieten könnten.

Eine solche ontologische Verankerung kann folglich aus postfundamentalistischer Sicht gänzlich ausgeschlossen werden. Kollektive Einheiten oder Identitäten können demnach nicht objektiv erfasst und als Ausgangspunkt für internationale Politik herangezogen werden, da sie nur kontextbezogen, in konkreten Diskursen in Erscheinung treten. Darüber hinaus haben sie kein Wesen, keine Essenz und keine objektive Existenz, die als Grundlage für die Bildung einer geschlossenen Identität dienen könnte. Wenngleich aus postfundamentalistischer Perspektive nicht hinter die Erkenntnis zurückgegangen werden kann, dass jede Unterscheidung von Politik nur ontisch artikuliert werden kann, bedeutet das nicht, dass jede nachgeordnete Unterscheidung (internationale Politik, Innenpolitik, ...) zur Gänze fallengelassen werden muss. Denn die Unmöglichkeit, von der ontologischen Dimension auf ontische Strukturen zu schließen, bedingt gleichzeitig die Notwendigkeit der Herausbildung von Strukturen in der ontischen Ebene. Somit kann sich, wie oben in Variation eines Arguments von Marchart vorgebracht (vgl. ebd., 103), eine spezifische Analyseebene internationaler Politik mit spezifischen Analyseeinheiten (z.B. Staaten, internationale Organisationen, ...) in einem Artikulationsprozess ergeben: Wenn, wie oben argumentiert wurde, (I)nternationale Politik den Aspekt der Interaktion kollektiver Identitäten adressiert, kann eine Artikulation entsprechender Einheiten auch aus postfundamentalistischer Sicht argumentiert und analysiert werden. Dies betrifft in Bezug auf *Politik* das, was Marchart mit der oben erläuterten analytischen Perspektivierung derselben Strukturen meint (vgl. ebd., 98). In Bezug auf die *internationale* Dimension bedeutet es, dass kollektive Identitäten, deren Strukturierung derselben politischen Logik folgt, im Kontext internationaler Politik auch analytisch mit einem spezifischen Erkenntnisinteresse als Analyseeinheiten *Internationaler Politik* perspektivierbar sind. Es ist also in konkreten Diskursen möglich, von Staaten und anderen kollektiven Gebilden zu sprechen und ihre Politik als Strukturierung von Identitäten in einem Kontext internationaler

Politik einzuordnen. Dies verweist deutlich auf den *dritten* bedeutenden Aspekt, der herausgearbeitet wurde: Internationale Politik ist zwar kein ontologisch begründetes Phänomen, tritt aber als Signifikant ontischer Diskurse in Erscheinung. Daraus folgt wiederum eine Reihe von Konsequenzen:

(A) Zum einen ist der Begriff und damit das Konzept der (I)nternationalen Politik als Teil von Diskursen in seiner Bedeutung kontingent. Da es kein objektiv erkennbares Signifikat zum Begriff gibt, kann nicht dauerhaft und eindeutig geklärt werden, was unter dem Signifikant ‚internationaler Politik‘ verstanden wird. Es gibt auch nicht den *einen* Diskurs internationaler Politik, sondern im Prinzip kann jede diskursive Formation den Signifikanten aufgreifen und eingliedern. In der Praxis wird diese grundsätzliche Offenheit allerdings durch einen historischen und politischen Kontext beschränkt. Denn selbst wenn im Sinne des Politischen keine grundsätzliche Beschränkung gegeben ist, gibt es im Ontischen stets bereits einen Rahmen, der gewisse Pfade wahrscheinlicher werden und andere undenkbar wirken lässt. Im Falle (I)nternationaler Politik wurde der historische Kontext eingangs bereits abgesteckt mit politischen Entwicklungen im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts, während der Begriff der *International Relations* erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts Einzug gehalten hat (vgl. Der Derian 1989, 3–5). Erst ein spezifisches (Selbst-)Bild von Nationen und die Frage der Ordnung unter ihnen scheint also für ein bestimmtes Verständnis internationaler Politik ausschlaggebend gewesen zu sein. Zwar existierten die jeweiligen politischen Gebilde auch zuvor nicht isoliert voneinander, ihre Interaktion wurde aber offensichtlich nicht als *international* oder nicht als *Politik* verstanden beziehungsweise konstruiert (vgl. Walker 1993, 20). Das macht wiederum deutlich, dass ein Konzept von internationaler Politik erst in dem Moment in Erscheinung tritt und mit Bedeutung erfüllt wird, in dem es im Rahmen eines Diskurses artikuliert wird. Dementsprechend gibt es, wie argumentiert wurde, nicht *einen* Diskurs internationaler Politik. Auch in politikwissenschaftlichen Diskursen, in denen zwar von einer Disziplin der Internationalen Politik oder der Internationalen Beziehungen gesprochen wird, ist die Bedeutung des Begriffs der internationalen Politik nicht eindeutig und es existiert wiederum eine Vielzahl unterschiedlicher Diskurse und Konzepte.

(B) Aber nicht nur der Begriff und die Konzepte (I)nternationaler Politik sind kontingent, sondern auch, so wurde gezeigt, die Identitäten, welche sich in unterschiedlicher Form und Konstellation in entsprechenden Diskursen konstruieren

oder konstruiert werden. Da diese Konstruktion der allgemeinen Logik von Politik entspricht, ist eine Zuordnung zum Bereich internationaler Politik letztlich kontingent und damit politisch. Dementsprechend ist eine solche Zuordnung stets von Macht gezeichnet. So bleibt im historischen Kontext der Vorstellung eines sogenannten ‚internationalen Systems‘ mit den Vereinten Nationen (United Nations Organization - UNO) als zentraler Organisation die Anerkennung von Staatlichkeit zwar eine zwischenstaatliche Angelegenheit, die Mitgliedschaft in der UNO ist allerdings von der Zustimmung einer Mehrheit der Staaten abhängig (vgl. United Nations o. J.). Bei der Frage der Anerkennung von Staatlichkeit und der UN-Mitgliedschaft wird besonders deutlich, wie umstritten es ist, welche Identitäten erfolgreich als Teil internationaler Diskurse artikuliert sind und welche nicht, welchen die Teilnahme am internationalen System ermöglicht ist und welche ausgeschlossen bleiben. Darüber hinaus wird die Kontingenz der Zuordnung von Phänomenen zu Bereichen und Disziplinen in akademischen Diskursen besonders deutlich. Hier wird sichtbar, dass dieselben Strukturen unter unterschiedlichen Aspekten perspektiviert werden können, wie kurz am Beispiel der Betrachtung des Konflikts in Burkina Faso gezeigt wurde.

(C) In letzter Instanz folgt aus einer postfundamentalistischen Ontologie, dass der Begriff der ‚internationalen Politik‘ nicht *a priori* über eine Bedeutung verfügt, sondern dass sich diese erst in diskursiven Zusammenhängen ergibt. Entgegen der eingangs adressierten Kritik, poststrukturalistische oder postfundamentalistische Ansätze propagierten Relativismus oder Beliebigkeit, konnte mit dem Konzept integraler Politik und der von Marchart vorgeschlagenen analytischen Perspektivierung (vgl. Marchart 2013a, 98) von Politik gezeigt werden, dass auch die Bedeutung des Begriffs ‚internationaler Politik‘ unter den Voraussetzungen einer postfundamentalistischen Ontologie keineswegs beliebig ist. Es gilt vielmehr, den Begriff in Anbetracht der notwendigen ontischen Konstruktion von Sinn auf transparente und reflexive Weise mit Bedeutung zu füllen. Dabei scheint es auch sinnvoll, einen postfundamentalistischen Diskurs internationaler Politik und sein Verständnis davon anschlussfähig zu halten für andere Diskurse. Mit dem in Anlehnung an Marchart (vgl. 2013a zum Prekarisierungsbegriff) vorgeschlagenen *engen*, *weiten* und *umfassenden* Verständnis internationaler Politik soll genau das erreicht werden. Während besonders die erste, aber auch die zweite Kategorie klassischerweise von Theorien Internationaler Politik abgedeckt werden, bezieht

sich die dritte Kategorie auch auf ein Feld, das über einen streng in politische Sphären und Ebenen differenzierenden Begriff internationaler Politik hinausreicht. Zwar läuft internationale Politik einerseits in einem umfassenden Sinn Gefahr, diffus zu werden und an analytischer Trennschärfe zu verlieren. Denn letztlich kann, im Sinne integraler Politik, Politik ganz allgemein unter diesem Punkt subsumiert werden. Andererseits ist es aber diese konsequente Weiterführung der Logik von Antagonismus – und hierin liegt ein zentraler Aspekt eines postfundamentalistischen Begriffs internationaler Politik –, die es ermöglicht, Praktiken in den Blick zu bekommen, die in einem enger gefassten Verständnis nicht im Zusammenhang internationaler Politik in den Fokus geraten würden, wodurch neue Betrachtungsweisen und Zugänge erschlossen werden können.

Zusammen mit einem weiten Verständnis internationaler Politik ermöglicht ein umfassendes Verständnis unter anderem, den Rahmen nationalstaatlichen und an internationalen Institutionen orientierten Denkens hinter sich zu lassen. So können aus postfundamentalistischer Sicht eine Vielzahl an Praktiken (international-)politisch perspektiviert werden, die in anderen Theorien oder Diskursen nicht als internationale Politik gesehen oder behandelt werden, weil sie beispielsweise nicht unter den Bedingungen von oder unter explizitem Bezug auf ein internationales System stattfinden. Ein postfundamentalistischer Begriff internationaler Politik bietet in diesem Sinne eine breite diskursive Anschlussfähigkeit an das bunte Feld internationaler Politik, während er einerseits gleichzeitig eine flexible Einbindung unterschiedlicher Phänomene in ebendieses Feld ermöglicht und andererseits ein hohes Maß an Reflexivität hinsichtlich der umfassenden ontologischen Bedingung des Politischen gewährleistet.

In *politikwissenschaftlicher* Hinsicht folgt aus einem postfundamentalistischen Begriff internationaler Politik, dass nicht nur unmittelbar Artikulationen im Kontext von Diskursen internationaler Politik im Sinne einer solchen analysiert werden können, sondern dass auch eine Vielzahl weiterer Phänomene in wissenschaftlich gewinnbringender Weise im Kontext internationaler Politik perspektiviert werden kann. In *politischer* Hinsicht kann gefolgert werden, dass Artikulationen im Kontext von Diskursen internationaler Politik von kontingenten Bedingungen abhängen, gleichzeitig aber auch auf diese zurückwirken. Überdies bietet eine postfundamentalistische Sichtweise die Möglichkeit, Kontingenz aufzuzeigen und somit Diskurse

zu (re-)politisieren, was wiederum die Voraussetzung für Veränderung ist. So gilt viel allgemeiner und nicht nur für bewaffnete Konflikte, was Campbell mit Bezug auf den Krieg in Bosnien schreibt: „by politicizing the nature of conflict, the range of possibilities for responding will be increased, for in demonstrating the mystical foundations of authority on which such conflicts are constructed, deconstructive thought is a necessary precondition for transformation“ (Campbell 1998, 85).

Ein möglicher nächster Schritt wäre nun, auf der ontologischen und begrifflichen Basis eines postfundamentalistischen Zugangs in die empirische Analyse zu gehen. Methodisch stehen dazu bereits diskursanalytische Konzepte zu Verfügung, wie die hegemoniethoretische Diskursanalyse von Oliver Marchart (vgl. Marchart 2013a; 2017) oder Martin Nonhoff (vgl. Nonhoff 2008; 2015) oder die von Dirk Nabers entwickelte Verbindung aus postfundamentalistischer Diskursanalyse, statistischen Elementen und Critical Discourse Analysis (vgl. Nabers 2015). Zu prüfen wäre, ob bestehende Methoden für die Analyse im Bereich internationaler Politik geeignet sind. Da internationale Politik allerdings keiner eigenen Logik folgt, sondern der allgemeinen Logik von Politik, liegt die Vermutung nahe, dass bestehende Ansätze gut übertragbar sind. Voraussetzung dafür ist, dass ein Analysemodell nicht *a priori* auf linguistische Artikulationen beschränkt sind, da diese für die Konstruktion und Stabilisierung von Diskursen keinen ontologischen Vorrang vor nicht-linguistischen Praktiken haben. So kann beispielsweise im Bereich bewaffneter Konflikte Gewalt ein zentrales Mittel der Artikulation von Identitäten sein. Die Herausforderung wird daher sein, derartige nicht-linguistische Artikulationen in eine entsprechende Diskursanalyse zu integrieren.

Das Ziel dieser Arbeit war, ein Verständnis internationaler Politik auf der Grundlage einer postfundamentalistischen Ontologie des Politischen zu erarbeiten. Dafür wurde die ontologische Dimension des Antagonismus oder des Politischen mit ihren Konsequenzen für die ontische Politik nach Laclau, Mouffe und Marchart rekonstruiert. Während die ontologischen Grundlagen ein kohärentes Konstrukt bilden, ist jede Folgerung aufgrund der „politischen Differenz“ (vgl. Marchart 2010) von Kontingenz geprägt. Unter dieser Bedingung wurde ein postfundamentalistischer Begriff internationaler Politik als möglicher Ausgangspunkt für eine Analyse politischer Identitäten in einem breiteren politischen und akademischen Diskurs (I)nternationaler Politik formuliert. Im Sinne der Verortung in diesem diskursiven

Umfeld, wurde vorgeschlagen, die jeweils analytische Perspektive unterschiedlicher Zugänge einem *engen*, einem *weiten* und einem *umfassenden* Verständnis zuzuordnen, wobei der hier erarbeitete postfundamentalistische Zugang potenziell alle Bereiche abdecken kann und somit einen fruchtbaren, produktiven Zugang für die Analyse internationaler Politik darstellt.

5 Bibliografie

- Bigo, Didier/Walker, R.B.J.* (2007). Political Sociology and the Problem of the International, in: *Millennium: Journal of International Studies*, Vol. 35(3), 725–739
- Butler, Judith* (1992). Contingent Foundations: Feminism and the Question of „Postmodernism“, in: *Butler, Judith/Scott, Joan Wallach* (Hrsg.): *Feminists theorize the political*, New York, NY: Routledge, 3–21
- Campbell, David* (1998). *National deconstruction: violence, identity, and justice in Bosnia*, Minneapolis, Minn: University of Minnesota Press
- Campbell, David* (2005). *Writing security: United States foreign policy and the politics of identity* Rev. edition, 1. digital, on-demand edition, paperback edition., Manchester: Manchester University Press
- Caraus, Tamara* (2016a). Cosmopolitan Ontology or the Cosmopolitical, in: *Caraus, Tamara/Paris, Elena* (Hrsg.): *Re-grounding cosmopolitanism: towards a post-foundational cosmopolitanism*, Routledge studies in social and political thought. New York Abingdon, Oxon: Routledge, 103–121
- Caraus, Tamara* (2016b). Introduction. Re-grounding Cosmopolitanism - Towards a Post-foundational Cosmopolitanism, in: *Caraus, Tamara/Paris, Elena* (Hrsg.): *Re-grounding cosmopolitanism: towards a post-foundational cosmopolitanism*, Routledge studies in social and political thought. New York Abingdon, Oxon: Routledge, 1–26
- Caraus, Tamara/Paris, Elena* (Hrsg.) (2016). *Re-grounding cosmopolitanism: towards a post-foundational cosmopolitanism*, New York; Abingdon, Oxon: Routledge
- Der Derian, James* (1989). The Boundaries of Knowledge and Power in International Relations, in: *Shapiro, Michael J./Der Derian, James* (Hrsg.): *International/Intertextual Relations: Postmodern Readings of World Politics*, Issues in world politics series. Lexington, Mass: Lexington Books, 3–10
- Diez, Thomas* (2004). Europe's others and the return of geopolitics, in: *Cambridge Review of International Affairs*, Vol. 17(2), 319–335
- Hainzl, Gerald/Marek, Maximilian/Rodriguez, Carmelo* (2020). Gewalteskalationen im Sahelraum *Bundesministerium für Landesverteidigung* (Hrsg.):, in: *ISS AKTUELL*, Vol. 1/2020, 69–72
- Hansen, Lene* (2006). *Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War* 1. Aufl., New York: Routledge
- Herschinger, Eva* (2011). *Constructing global enemies: hegemony and identity in international discourses on terrorism and drug prohibition*, London ; New

York: Routledge

Herschinger, Eva (2017). Hegemonie und Identität. Ernesto Laclaus Werk in den Internationalen Beziehungen, in: *Marchart, Oliver* (Hrsg.): Ordnungen des Politischen: Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Staat-Souveränität-Nation. Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden, 127–143

Herschinger, Eva (2012). 'Hell Is the Other': Conceptualising Hegemony and Identity through Discourse Theory, in: *Millennium: Journal of International Studies*, Vol. 41(1), 65–90

Herschinger, Eva (2014). Political Science, Terrorism and Gender, in: *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* Vol. 39, Vol. No. 3(2014), 46–66

Herschinger, Eva (2019). War as the Continuation of Hegemony by Other Means: How Contemporary Wars Reach into Societies, in: *New Political Science*, Vol. 41(2), 279–293

Holliday, Shabnam J (2020). Populism, the International and Methodological Nationalism: Global Order and the Iran–Israel Nexus, in: *Political Studies*, Vol. 68(1), 3–19

Howarth, David R./Norval, Aletta J./Stavrakakis, Yannis (Hrsg.) (2000). Discourse theory and political analysis: identities, hegemonies and social change 1. paperback ed., Manchester: Manchester Univ. Press

Laclau, Ernesto (2013). Emanzipation und Differenz unveränd. Nachdr., Wien Berlin: Turia + Kant

Laclau, Ernesto (2000). Foreword, in: *Howarth, David R./Norval, Aletta J./Stavrakakis, Yannis* (Hrsg.): Discourse theory and political analysis: identities, hegemonies and social change, Manchester: Manchester Univ. Press, x–xi

Laclau, Ernesto (Hrsg.) (1990). New reflections on the revolution of our time, London: Verso

Laclau, Ernesto (2014). The rhetorical foundations of society, London; Brooklyn, NY: Verso

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2015). Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus 5., überarbeitete Auflage., Wien: Passagen Verlag

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985). Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics, London: Verso

Marchart, Oliver (2018a). Äquivalenz und Autonomie. Vorbemerkungen zu Chantal Mouffes Demokratietheorie, in: *Mouffe, Chantal* (Hrsg.): Das demokratische

Paradox, Turia Reprint. Wien: Turia + Kant, 7–14

Marchart, Oliver (2010). Die politische Differenz: zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben Orig.-Ausg., 1. Aufl., Berlin: Suhrkamp

Marchart, Oliver (2013a). Die Prekarisierungsgesellschaft: prekäre Proteste ; Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung, Bielefeld: Transcript-Verlag

Marchart, Oliver (2013b). Gesellschaft ohne Grund: Laclaus politische Theorie des Post-Fundationalismus, in: *Laclau, Ernesto* (Hrsg.): Emanzipation und Differenz, Wien; Berlin: Turia + Kant, 7–18

Marchart, Oliver (Hrsg.) (2017). Ordnungen des Politischen: Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden

Marchart, Oliver (2008). Post-foundational political thought: political difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau Transferred to digital print., Edinburgh: Edinburgh Univ. Press

Marchart, Oliver (2018b). Thinking antagonism: political ontology after Laclau, Edinburgh: Edinburgh University Press Ltd

Masala, Carlo/Sauer, Frank/Wilhelm, Andreas (Hrsg.) (2010). Handbuch der internationalen Politik 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Mouffe, Chantal (2018a). Das demokratische Paradox, Wien: Turia + Kant

Mouffe, Chantal (2018b). Für einen linken Populismus, Berlin: Suhrkamp

Nabers, Dirk (2015). A poststructuralist discourse theory of global politics, Houndmills, Basingstoke; New York, NY: Palgrave Macmillan

Nabers, Dirk (2019). Discursive Dislocation: Toward a Poststructuralist Theory of Crisis in Global Politics, in: *New Political Science*, Vol. 41(2), 263–278

Neumann, Iver B/Wæver, Ole (Hrsg.) (2005). The Future of International Relations: Masters in the Making?, New York: Routledge, Taylor & Francis Group

Nonhoff, Martin (2008). Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: *Keller, Reiner* (Hrsg.): Forschungspraxis, Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen: Leske und Budrich, 299–332

Nonhoff, Martin (2015). Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse, in: *Nonhoff, Martin* (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie: Zum

politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Edition
Moderne Postmoderne. Bielefeld: transcript, 173–193

Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (2010). Theorien in der Lehre von den internationalen Beziehungen, in: *Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela* (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, UTB. Opladen & Farmington Hills: Budrich, 9–38

Schulz, Daniel (2015). Hegemoniale Artikulation: Frankreichs „Nation“ als leerer Signifikant, in: *Nonhoff, Martin* (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Edition Moderne Postmoderne. Bielefeld: transcript, 223–243

Solomon, Ty (2009). Social Logics and Normalisation in the War on Terror, in: *Millennium: Journal of International Studies*, Vol. 38(2), 269–294

Tickner, J. Ann (2014). A feminist voyage through international relations, Oxford ; New York: Oxford University Press

United Nations About UN Membership, abrufbar unter:
<https://www.un.org/en/about-us/about-un-membership> (letzter Zugriff: 9.12.2024)

Wæver, Ole (2005). Figures of international thought: introducing persons instead of paradigms, in: *Neumann, Iver B/Wæver, Ole* (Hrsg.): The Future of International Relations: Masters in the Making?, The New International Relation Series. New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 1–40

Wæver, Ole (1998). Insecurity, security, and asecurity in the West European non-war community, in: *Adler, Emanuel/Barnett, Michael* (Hrsg.): Security Communities, Cambridge: Cambridge University Press, 69–118

Walker, R. B. J. (1993). Inside/outside: international relations as political theory, Cambridge [England] ; New York: Cambridge University Press

Walker, R. B. J. (2017). ONLY CONNECT International, political, sociology, in: *Basaran, Tugba/Bigo, Didier/Guittet, Emmanuel-Pierre/Walker, R. B. J.* (Hrsg.): International political sociology: transversal lines, Routledge studies in international political sociology. London ; New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 13–23

Wullweber, Joscha (2013). Poststrukturalismus, in: *Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria* (Hrsg.): Theorien der internationalen politischen Ökonomie, Globale politische Ökonomie. Wiesbaden: Springer VS, 233–249